

336. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 14. Mai 2012, 19.30 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Vorsitz Stauffer Heinz (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz Grüne)
2. Vizepräsident Lädach Markus (FDP)
1. Stimmzählerin Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
2. Stimmzähler Wälti Martin (SVP)

Mitglieder Seematter Adolf (EDU)

Cetin Mayk (EVP)
Leiser Thomas (EVP)
Suter Harry (EVP)
Zimmermann Lukas (EVP)
Zimmermann-Oswald Mirja (EVP)

Blumer Jacques (FDP)
Emch Ulrich (FDP)
Jörg Peter (parteilos; Sitz FDP)
Kämpfer Erwin (FDP)
Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
Masciadri Monica (FDP)
Messerli Gregor (FDP)
Schwarzenbach Jürg (FDP)
Würgler Walter (FDP)

Seiler Philippe (Grüne)
von Arx Roland (Grüne)

Aebersold Daniel (SVP) (ab 19.45 Uhr; Traktandum Nr. 4)
Bernhard Niklaus (SVP)
Bernhard Therese (SVP)
Gambon Albert (SVP)
Gfeller Paul (SVP)
Hirsbrunner Bruno (SVP)
Wermuth Bruno (SVP)

Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Burkhalter-Huber Regula (SP)
Federer Guido (SP)

Fröhlich-Zysset Binia (SP)
Fröhlich Viktor (SP)
Le Fort Geneviève (SP)
Moser Christoph (SP)
Ramseier-Doevendans Anneke (SP)
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Jorio Nicola (GLP)
Rebsamen-Wenger Barbara (Grüne)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Gimmel Jonathan
Hauser Ernst
Hubacher Peter (ab 19.45 Uhr; Traktandum Nr. 4)
Kaufmann Jürg
Lanfranconi Guy
Stoll Hanspeter

Abteilungsleiter Frey Roland, Leiter der Polizeiabteilung
Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung
Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Stöckli Rolf, Leiter der Bauabteilung
Zaugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
Bieri Martina, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 19. März 2012: Genehmigung
3. Fürsorge- und Vormundschaftskommission: Ersatzwahl
4. Prüfaufträge des GGR an die Aufsichtskommission (ASK) der Gemeinde Worb; Ergebnisse Prüfbericht Dreiklang: Kenntnisnahme
5. Verwaltungsbericht 2011: Genehmigung, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse
6. Gemeinderechnung 2011, Vornahme übriger Abschreibungen: Genehmigung, Nachkreditbewilligung
7. Liegenschaft Alte Bernstrasse 23, Rüfenacht; Kauf: Genehmigung, Kreditbewilligung
8. Parlamentarische Vorstösse:
 - 8.1 Postulat der FDP-Fraktion betreffend Aktive Bodenpolitik im Bereich Worbboden Süd (N 9)
 - 8.2 Postulat der SVP-Fraktion betreffend Erhaltung des Bauernhauses Hinderhus in Rüfenacht
 - 8.3 Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Umgestaltung Anschluss Muri
 - 8.4 Neueingänge

Ratspräsident Stauffer Heinz: „Man soll die Feste feiern, wie sie fallen.“ Die Worber Bevölkerung hat gezeigt, dass in Worb gefeiert werden kann. Die Eröffnung des Wislepark und das Dorffest waren ein voller Erfolg. Nun hoffe ich auf eine Erfolgsgeschichte des Wislepark. Ich begrüsse euch herzlich zur dritten Parlamentssitzung. Besonders begrüssen möchte ich Daniel Aebersold aus Richtig. Ich wünsche ihm viel Erfolg und Befriedigung im Parlament.

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	1	2009/12-360	143	12/0/0

Ratspräsident Stauffer Heinz: Es wurde ein Bestätigungsbericht von der ASK verteilt. Wir nehmen diesen zur Kenntnis.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich beginne diese Sitzung mit einem Dank an die Organisatoren des Dorffestes. Die Besucherinnen und Besucher wurden in den letzten drei Tagen von der guten Stimmung angesteckt, welche auf dem Festgelände herrschte. Die Leute nahmen sich Zeit den Wislepark zu besichtigen und das Restaurant auszuprobieren. Ich möchte noch einmal zurück an den Beginn denken. Der Beginn war vor ca. zwei Jahren. Monica Masciadri und Theo Flury waren für ein Gespräch bei mir. Das Anliegen war, ein Festival mit ehemaligen Musikgruppen von Worb zu gestalten. Dass wir dieses Festival mit der Eröffnung des Wislepark verknüpfen können, haben wir erst viel später bemerkt. Urheber dieses Festes sind also Monica Masciadri und Theo Flury. Wenige Zeit später stellte sich Rolf Nöthiger als OK-Präsident zur Verfügung und er hat Mitorganisatoren zusammengetrommelt. Diese haben mit grossem Engagement die immense Arbeit der Organisation geleistet. Rolf Nöthiger, Regula Burkhalter, Ruedi Stoss, Peter Hubacher, Ruedi Steiner, Marianne Hofer, Markus Zürcher, Martin Christen, Thomas Heimberg, Marco Thoma und viele andere haben in diesem Projekt Grosses geleistet. Sie haben uns dieses Dorffest ermöglicht. Es ist mir ein grosses Anliegen, allen Mitgliedern vom OK, allen Helferinnen und Helfern und allen Beteiligten herzlich für das schöne Dorffest zu danken.

Protokoll der Sitzung vom 19. März 2012: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	2	2009/12-361	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Fürsorge- und Vormundschaftskommission: Ersatzwahl

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	3	2009/12-362	406	10/1/0

Ratspräsident Stauffer Heinz: Marianna Gfeller, Bollstrasse 63, 3076 Worb, ist per 31. März 2012 aus der Fürsorge- und Vormundschaftskommission zurückgetreten. Als Ersatz schlägt die Eidgenössisch-Demokratische Union Worb zur Wahl vor: Seematter Adolf, Trimsteinstrasse 26, 3076 Worb.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 46 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb und Art. 24 Abs. 3 des Reglements über die ständigen Kommissionen der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Vom Rücktritt von Marianna Gfeller (EDU) als Mitglied der Fürsorge- und Vormundschaftskommission wird Kenntnis genommen; die geleisteten Dienste werden verdankt.
2. Auf Vorschlag der Eidgenössisch-Demokratischen Union Worb wird als Nachfolger in die Fürsorge- und Vormundschaftskommission mit Wirkung per 1. April 2012 gewählt: Seematter Adolf, Trimsteinstrasse 26, 3076 Worb; die Wahl gilt für den Rest der bis 31. März 2013 laufenden Amtsdauer.
3. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Prüfaufträge des GGR an die Aufsichtskommission (ASK) der Gemeinde Worb; Ergebnisse Prüfbereich Dreiklang: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	4	2009/12-363	118	12/0/0

Detailberatung

Gambon Albert, ASK: Gestützt auf Artikel 52 Abs. 2 Bst. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb wurde die ASK am 28. März 2011 vom GGR beauftragt, das Projekt 3-Klang Hofmatt anhand diverser Fragen zu überprüfen. Sie haben heute Abend dazu einen Bericht vor sich, der eigentlich schon am 12. September 2011 vorliegen sollte. Die Gründe für die Verspätung sind nachvollziehbar und im Bericht erwähnt. Die ASK hat aus ihrer Mitte dafür ein Prüfteam zusammengestellt. Diesem Team durfte ich vorstehen und es wurde durch Paul Gerber und Gregor Messerli sowie Herr Treier von der Firma reflecta AG, Bern, verstärkt. Die reflecta AG hat die ASK bereits beim Prüfauftrag „Wislepark“ begleitet. Wir trafen uns an Sitzungen und erstellten auch einen Brief an den Gemeinderat, um die fehlenden Akten zu erhalten. Laufend wurde die ASK über das Verfahren orientiert. Der nun vorliegende Bericht befriedigt die ASK aber absolut nicht. Aus den dargelegten Gründen konnten jedoch keine weiteren, gesicherten Informationen in diesen Bericht einfließen. Selbstverständlich haben einzelne GGR-Mitglieder und eventuell auch ASK-Mitglieder mehr Informationen zu diesem Projekt. Da diese aber nicht öffentlich zugänglich sind, hat die ASK darauf verzichtet, Gerüchte oder Spekulationen in den Bericht einfließen zu lassen. Das Prüfteam der ASK sowie die gesamte ASK bittet den GGR, diesen vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wir erachten unseren Prüfauftrag als erledigt. Sollte der GGR weitere Fragen geklärt haben wollen, wäre ein neuer Auftrag an die ASK oder allenfalls an eine PUK zu erteilen. Eine PUK hat mehr Kompetenzen als unsere ASK. Wir hoffen, dass dieses Geschäft doch noch zu einem guten Ende kommt und danken allen, die konstruktiv an diesem Bericht gearbeitet haben. Die Kosten für diesen Bericht konnten aus dem laufenden ASK-Budget getilgt werden. Und es für ein- und allemal aus der Sicht der ASK darzulegen, der Gemeindepräsident hatte immer ein offenes Ohr für die ASK. Er durfte oder konnte aber im Namen des gesamten Gemeinderates keine Auskunft geben.

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Planung: Auch der Gemeinderat hat den vorliegenden Prüfbericht betreffend Dreiklang-Hofmatt der ASK zur Kenntnis genommen. Bereits an der Sitzung vom 28. März 2011, als der Auftrag erteilt wurde, hat der Gemeindepräsident erklärt, dass die Überprüfung und das Mitverfolgen von Geschäften aus der Sicht des Gemeinderates zu den Aufgaben der ASK gehört. Es wurde erwähnt, dass der Gemeinderat keine Einwände zur Überprüfung hat. Dies ist nach wie vor die Haltung des Gemeinderates. Aus diesem Grund überrascht der Beschluss der ASK, dass der Prüfauftrag abgeschlossen sein soll. Die Begründung hat nun ein wenig anders getönt, weder im Bericht. Es ist jedoch nicht bestritten, dass Gespräche zwischen dem Prüfteam der ASK und dem zuständigen Departementsvorsteher stattgefunden haben. Letztmals war ein solches am 31. Januar 2012 traktandiert, an welchem über den Stand des Geschäftes informiert wurde. Warum bei diesem Gespräch keine Einigung betreffend einer kooperativen Zusammenarbeit gefunden werden konnte, ist mir nicht bekannt und bedauerlich. Die Ausgangslage für

den Gemeinderat ist klar. Es versteht sich von alleine, dass die ASK, die ihr aufgrund der Geschäftsordnung des GGR aufgetragenen Aufgaben, wie die Kontrolle, die Zielerreichung und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, vornehmen kann. Die dazu benötigten Unterlagen stehen der ASK zur Verfügung, soweit keine übergeordneten Interessen gegenüberstehen. Deshalb ist es auch klar, dass die Akten betreffend den Angeboten wesentliche Auskünfte geben und somit wird der Wettbewerb verletzt. Deshalb können diese Akten während des laufenden Verfahrens der ASK nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Austausch zwischen den Investoren ist während dem Bietverfahren ebenfalls nicht zulässig. Deshalb erscheint es uns als inkorrekt, wenn die ASK in dieser Phase mit den Investoren in Kontakt tritt. Das Bietverfahren ist, wie bereits erwähnt, noch nicht abgeschlossen. Deshalb können diverse Fragen, welche im Bericht gestellt werden, noch nicht beantwortet werden. Im Besonderen gilt dies für alle Fragen zur Höhe des Baurechtzinses und der Renditen. Auf die Fragen eins bis drei und sechs bis sieben hat auch der Gemeinderat noch keine Antworten. Ich bin überzeugt, dass nach Abschluss des Verfahrens viel Licht in das Dunkle kommen wird. Am 24. April 2012 hat die gemeinderätliche Delegation die anstehenden Verfahrensschritte einvernehmlich besprochen und definiert. Die Unterlagen sowie die Prozessdefinition sollten anlässlich der Gemeinderatssitzung von Mitte Juni 2012 behandelt werden. Sofern der Gemeinderat dem Vorgehen der Delegation zustimmt, kann unmittelbar danach die letzte Runde im Bietverfahren durchgeführt werden. Im Wissen darum, dass die Überprüfung des Verfahrens sowieso im Bereich der ASK liegt, biete ich dem Prüfteam der ASK Folgendes an: Nach der Beschlussfassung des Gemeinderates und der Information der anderen Investoren wird die gemeinderätliche Delegation das Prüfteam zu einer gemeinsamen Besprechung einladen. Dies wird Ende Juni 2012 sein. An der Besprechung werden die nächsten Verfahrensschritte dargelegt und erklärt. Die gemeinderätliche Delegation wird mitteilen, wo die Herausforderungen liegen und wie sie gelöst werden können.

Ratspräsident Stauffer Heinz: Das Büro des GGR möchte sich ebenfalls zum Prüfbericht äussern. Es kann nicht sein, dass die ASK praktisch keine Informationen zu diesem Geschäft erhält. Unsere Milizpolitiker haben viele Stunden in diesem Geschäft investiert und was nun ersichtlich ist, ist ein kleines Fiasko. Wir haben es gehört, zu einem laufenden Verfahren dürfen keine Auskünfte gegeben werden. Trotzdem hat der Stimmberechtigte ein Anrecht auf Informationen. Am 28. März 2011 hat das Parlament der ASK einen klaren Auftrag erteilt. Die ASK sollte sich in dieses Geschäft vertiefen und allfällige Unstimmigkeiten aufdecken. Leider muss festgestellt werden, dass sich der Gemeinderat nicht kooperativ verhalten hat. Ebenfalls ist ersichtlich, dass der Gemeinderat seine Aufgaben nicht wahrgenommen hat. Hat sich der Gemeinderat bei diesem Geschäft überschätzt oder gibt es etwas zu verbergen? Vielleicht wurde auch der Gemeinderat hintergangen. Immer wieder werden wir getröstet. Nun wollen wir Gewissheit über dieses leidige Geschäft. Sicherlich ist es für alle Beteiligten eine unbefriedigende Angelegenheit. Wir wünschen uns von dem Gemeinderat, dass endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das Büro des GGR hofft, dass dieser Prüfauftrag von den Parteien weiterhin ernst genommen wird.

Masciadri Monica, FDP: Die FDP dankt der ASK für diesen Bericht respektive Nicht-Bericht mit diesen sehr wichtigen Inhalten. Wichtig darum, weil öffentlich gemacht wird, wie intransparent das 3-Klang-Projekt ist. Endlich; das war höchste Zeit. Man kann nicht nicht zu kommunizieren. Das sagt Paul Watzlawick, ein Kommunikationswissenschaftler. Der Gemeinderat, im 3-Klang-Projekt vertreten vom Gemeindepräsident, hat betreffend dem 3-Klang-Projekt wohl noch nichts von Paul Watzlawick gehört. Sonst hätte er seinen Auftrag ernst genommen. Das für Worb wichtige Grossprojekt 3-Klang fusst auf der Volksabstimmung vom November 2009. Dies ist 2,5 Jahre her. Seitdem werden die Stimmberechtigten, die Investoren und das Parlament getröstet. Seitdem wer-

den wir nur informiert, wenn dem Verantwortlichen 3-Klang das Messer an den Hals gesetzt wird. Seitdem hat der Gemeindepräsident einige Male verlauten lassen, dass es nun vorwärts gehe und alles geklärt sei. Die Rollen seien geklärt, das Geld sei geklärt, die Zeitfragen seien geklärt. Nur sind den Worten nie Taten gefolgt. Seitdem werden Maulkörbe umgehängt, die jedem demokratischen Verständnis zu Wider laufen. Der GGR, das Volk, die Investoren werden im Ungewissen gelassen. Und nicht einmal der ASK werden die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Die FDP hat Verständnis, dass die Einzelheiten zum noch laufenden Investorenwettbewerb nicht an die Öffentlichkeit gehören. Die FDP hat aber kein Verständnis für die Geheimniskrämerei im ganzen Projekt. Sie macht misstrauisch und wirft Fragen auf. Es ist eben nicht möglich, nicht zu kommunizieren. Niemand weiss was unter dem Deckel der Verschwiegenheit verborgen ist. Man ist sogar geneigt sich zu fragen, ob in der 3-Klang-Projekt-Kiste überhaupt etwas drin ist? Nun können wir also bis Ende Juni 2012 warten. Dann ist der nächste Termin an dem informiert werden soll. Die FDP bitte die ASK dranzubleiben und Transparenz zu schaffen; die längst fällige Transparenz für die Stimmberechtigten, die Investoren und das Parlament. Die neue gemeinderätliche Delegation bitten wir, gegenüber der ASK den Deckel zu heben und die geheimnisumwobene Kiste zu öffnen und einen tiefen, sogar kritischen Blick zu erlauben. Wir danken ihnen sehr dafür.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP stand dem Prüfungsauftrag zum Investorenwettbewerb 3-Klang an die parlamentarische Aufsichtscommission (ASK) kritisch gegenüber. Die SP war sich bei der Auftragserteilung nicht sicher, ob mit den gestellten Fragen dem Projekt mehr genützt oder geschadet wird. Immerhin sind laufende Verhandlungen bezüglich Amtsgeheimnisses eine heikle Angelegenheit. Das Parlament sah dies aber anders und beschloss den Auftrag im März 2011. Vor diesem Hintergrund hätte die SP deshalb auch keine Probleme damit, wenn der Auftrag von der ASK aus inhaltlichen Gründen dem Parlament zurückgegeben würde. Allerdings begründet die ASK ihr „Scheitern“ nicht mit inhaltlichen, sondern mit formalen Gründen. Es entsteht der Eindruck, dass nach wie vor ein grosses Misstrauen zwischen der Kommission und dem Gemeinpräsidenten besteht. Wir bedauern dies sehr. Immerhin hat die Legislative der ASK einen Prüfauftrag erteilt, der zumindest bezüglich Verfahren und Führung umgesetzt werden können sollte. Wenn nun aber die ASK ihren Auftrag als unerfüllbar zurückgeben muss, stellt sich uns die Frage, wie ernst das Parlament und ihre Organe genommen werden. Als Parlament haben wir den Auftrag darauf zu achten, dass das Projekt im Grossen Gemeinderat und den Stimmberechtigten beschlossenen Rahmen abläuft. Deshalb erwarten wir, dass der Gemeinderat sein Vorgehen erläutert und das Parlament und die Gemeinde über die Entwicklung des Projektes auf dem Laufenden gehalten werden. Wir von der SP-Fraktion sind nicht damit einverstanden, dass die ASK vor dem Gemeinderat „kuschen“ muss. Wir sind darum auch nicht bereit, den Prüfungsauftrag als abgeschlossen zu erklären. Wir zählen darauf, dass die neue gemeinderätliche Delegation die Differenzen mit der ASK im Dialog klärt und das Parlament und die Bevölkerung offen und ehrlich über den Entwicklungsprozess informiert. Wir haben keine falschen Erwartungen, was das Ergebnis des Investorenwettbewerbs anbelangt. Wir erwarten aber, dass die Rahmenbedingungen weit möglichst eingehalten werden und ansonsten der „Stecker gezogen wird“. Lieber keine Lösung als eine schlechte. Wir danken den Mitgliedern der ASK für ihr Engagement zum Wohle unserer Gemeinde.

Wermuth Bruno, SVP: Die SVP möchte sich ebenfalls bei der ASK für ihre Arbeit bedanken. Es wurde schon einige Male erwähnt, dass die ASK aufgrund des SVP-Vorstosses am 28. März 2011 den Prüfauftrag erhielt. Mit 31 zu 2 Stimmen wurde dieser Antrag damals angenommen. Aufgrund des Berichtes haben wir festgestellt, dass wir nicht über alles informiert wurden. Somit hat der Gemeinderat auch die Kommission, welche die Aufsicht hat und der Geheimhaltungspflicht unterstellt ist, schlichtweg ignoriert. Am 5. April 2012 hat die ASK ihren Bericht fertiggestellt und beantragt

eine Kenntnisnahme des Berichts. Grundsätzlich ist es eine Kenntnisnahme und trotzdem beantragt die ASK auf der letzten Seite des Berichts, dass der GGR den Prüfauftrag mit der Berichterstattung als abgeschlossen erklärt. Dies sorgt für Verwirrung. Die SVP ist ebenfalls der Meinung, dass dieses Geschäft nicht abgeschlossen wird, sondern dass eine vertiefte Prüfung stattfinden soll. Dieses Projekt hat einen hohen Stellenwert in der Gemeinde und deshalb sollte man diesem auch viel Beachtung schenken. Für uns ist klar, dass es ein weiterer Auftrag an die ASK benötigt und deshalb stellen wir folgenden Antrag: Die Aufsichtskommission muss in der Lage sein, bis zur übernächsten GGR-Sitzung vom 10. September 2012 über das Projekt 3-Klang ausführlich Bericht zu erstatten. Sie ist dazu gemäss Gemeindeverfassung Art. 52a und 52d dazu verpflichtet. Sollte der Gemeinderat die Auskunft verweigern, so muss beim Regierungsrat gegen den Gemeinderat Aufsichtsbeschwerde wegen fehlender Amtsführung erhoben werden. Andernfalls wird eine Aufsichtsbeschwerde eines Mitgliedes des GGR erfolgen. Die SVP bittet euch, diesen Antrag zu unterstützen.

von Arx Roland, Grüne: Im Namen der Grünen Fraktion danke ich der ASK für die Prüfung der Projektabwicklung und die übersichtliche Zusammenstellung der wichtigen Etappen. Nur, die Geschichte des Missklangs beginnt nicht erst mit der Volksabstimmung im November 2009 und mit der wohlklingenden Botschaft, die 198 öffentliche Parkplätze, eine angemessene Rendite und bezahlbare Wohnungen dank Aldi verspricht. Bereits bei der Referendums-Abstimmung vom 17. Mai 2009 liess sich die Bevölkerung leider von diesen 3-Klang-Versprechungen täuschen und hat die Aldi-Kröte knapp geschluckt. Der GGR hatte zuvor am 8. September 2008 der Änderung der baurechtlichen Grundordnung mit 31 zu 0 Stimmen gegen die Vorbehalte der Grünen zugestimmt. Zu diesem Zeitpunkt bestand bereits eine Planungsvereinbarung mit Aldi und der Investorengruppe, die vom Vorgänger des heutigen Gemeindepräsidenten am 20. März 2008 unterschrieben worden ist. Auch die unrealistischen Berechnungen, auf denen die Abstimmungsbotschaft basierte, wurden wohl bereits zu diesem Zeitpunkt durchgeführt. Als sich im Vorfeld der Abstimmung abzuzeichnen begann, dass Aldi keine wohlklingende Wollmilchsau ist, hat die SP noch versucht mit einer dringlichen Motion „attraktivere Investoren“ für das Projekt zu finden. Die Dringlichkeit wurde mit 21 zu 18 Stimmen abgelehnt. Dabei haben SVP und vor allem die FDP mit der vom ehemaligen Gemeindepräsidenten unterschriebenen Planungsvereinbarung argumentiert. Ich zitiere aus dem Protokoll: „Wenn man jetzt die dringliche Motion umsetzte, würde das bedeuten, dass man auf die Schnelle diese Planungsvereinbarung in Luft auflöst. Aber die Gemeinde ist dort Verpflichtungen eingegangen. Die Umsetzung der Motion hätte zur Folge, dass das ganze Projekt „3-Klang“ gestorben wäre und man von vorne beginnen müsste.“ Rückblickend wäre dies wohl die beste Lösung gewesen. Der heutige GGR und der Gemeinderat, der den Aldi-Deal eingefädelt hat, sind wesentlich mitverantwortlich, dass der Aldi-Deal zu einem Missklang anstatt zu einem Dreiklang geführt hat. Die Schuld einseitig dem heutigen Gemeindepräsidenten in die Schuhe schieben zu wollen, ist vollständig unangebracht. Die Fragen, welche die ASK zu beantworten hatte, sind aus heutiger Sicht nicht mehr relevant. Wichtiger wäre zu wissen, ob dem GGR und den Stimmberechtigten im Vorfeld der Abstimmungen wichtige Informationen vorenthalten worden sind und die Kostenschätzungen fahrlässig auf falschen Annahmen basierten. Zudem stellt sich die Frage, ob das Projekt über das wir heute diskutieren, den vom Volk im Jahr 2009 genehmigten Vorlagen noch entspricht.

Leiser Thomas, EVP: Die EVP-Fraktion nimmt den Prüfauftrag Dreiklang Hofmatt zur Kenntnis. Es ist nachvollziehbar, dass der Gemeinderat die zur Beantwortung der Fragen notwendigen Dokumente derzeit nicht zur Verfügung stellt und Gespräche mit den verschiedenen externen Projektbeteiligten nicht ermöglichen konnte. Die immer wieder geforderte Offenlegung der Angebote der Investoren sowie das Geschäft Dreiklang Hofmatt weitergehender Prüfung zu unterziehen, kann die

EVP nicht unterstützen. Die EVP ist klar der Meinung, dass zuerst der Investorenwettbewerb abgeschlossen werden und dann die Prüfung stattfinden muss. Das Risiko einer Wettbewerbsverzerrung muss unter allen Umständen vermieden werden. Die EVP hofft, dass der Investorenwettbewerb baldmöglichst abgeschlossen werden kann.

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Ich beantrage einen Sitzungsunterbruch.

(Ratspräsident Stauffer Heinz gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 20.00 bis 20.10 Uhr. Die Protokollführerin.)

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die Drohung mit dem Regierungsstatthalter geht der SP zu weit. Drohung ist für uns eine schlechte Basis für einen vertrauensvollen Dialog. Jürg Kaufmann hat Bereitschaft zum Dialog erklärt und wir vertrauen ihm. Wir sind überzeugt, dass die ASK die Auskünfte erhalten wird, welche der Gemeinderat weitergeben kann. Darum lehnen wir den Antrag der SVP ab.

Wermuth Bruno, SVP: Ich verstehe die Anmerkungen der SP und den Vermerk auf das Votum des Gemeinderates Jürg Kaufmann. Dieses Votum stimmt uns ebenfalls positiv. Trotzdem möchten wir aufzeigen, welche Möglichkeiten wir hier im Rat haben. Selbstverständlich kann man dies auch als Drohung ansehen. Ich möchte nochmals erwähnen, dass die Aufsichtskommission der Geheimhaltungspflicht unterstellt ist und deshalb kann der Gemeinderat dieser Kommission alle Akten aufzeigen. Ich denke nicht, dass die Aufsichtsbeschwerde eingereicht werden würde, aber die Möglichkeit sollte aufgezeigt werden. Wie gesagt, ich bin positiv gestimmt, möchte aber trotzdem an diesem Antrag festhalten.

Messerli Gregor, ASK: Besten Dank für diesen Sitzungsunterbruch. Er war notwendig, um eine Meinung in der ASK zu finden. Die ASK nimmt keine Stellung zum Antrag der SVP. Eine Stellungnahme erfolgt dann bei der Beschlussfassung. Die ASK freut sich, dass sich die Sonderdelegation 3-Klang bereit erklärt, uns die entsprechend notwendigen Unterlagen zukommen zu lassen. Ein professioneller Informationsfluss soll sichergestellt werden, so dass auch die ASK ihren Leistungsauftrag zur Prüfung dieses Berichtes erbringen kann. Dieses Angebot wird von uns angenommen, verbinden es aber mit dem Abschluss des bestehenden Prüfungsauftrages, da dieser für uns abgeschlossen ist. Auch die Prüfung der bestehenden Fragen macht aus unserer Sicht, zum heutigen Zeitpunkt, keinen Sinn. Die Fragen sind zum Teil bereits überholt und es ergibt keinen Sinn, Fragen zu prüfen, welche nicht überprüfbar sind. Die ASK empfiehlt eine Kenntnisnahme des Berichts und dass im Rahmen der ordentlichen Arbeit der ASK dieses 3-Klang-Geschäft überprüft wird. Die ASK wird den GGR dann sobald als möglich zum Sachverhalt informieren.

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Planung: Diejenige, welche schon länger hier tätig sind, kennen mich bereits, seit ich ebenfalls in diesem Plenum tätig war. Ich habe mich in diesen 13 Jahren immer dafür eingesetzt, dass das Parlament ihr Recht erhält. Daran hat sich auch in der Tätigkeit als Gemeinderat nichts geändert. In diesem Sinn finde ich den Antrag der SVP schade und denke, dass nun wieder Gift im Wasser ist, welches nicht nötig ist. Das Angebot der Sonderdelegation des Gemeinderates steht und dieses kann ich nach wie vor vertreten.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion:

Der Antrag wird mit 28 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen des Prüfauftrags Dreiklang Hofmatt der Aufsichtskommission vom 5. April 2012.

Verwaltungsbericht 2011: Genehmigung, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	5	2009/12-364	361	12/10/7

DetailberatungAllgemeine Bemerkungen

Messerli Gregor, ASK: Die Struktur, die Leseführung, die Vollständigkeit und auch der Umfang der Verwaltungsberichte der Gemeinde Worb haben sich in den letzten Jahren auf ein sehr hohes Niveau entwickelt und damit auch bewährt. Entsprechend wenige Beanstandungen hat die ASK anzufügen. Auf 76 Seiten gibt es wiederum interessantes zu unserer Gemeinde Worb zu lesen. So erfahren wir beispielsweise, dass der Gemeinderat mit 473 Geschäften 26 Geschäfte mehr behandelt hat als im Vorjahr. Der Grosse Gemeinderat hat trotz zwei Sitzungen weniger, sieben parlamentarische Vorstösse mehr eingereicht als im Jahr 2010. Insgesamt waren es 31 parlamentarische Vorstösse. Auch zum Thema Mobilität können wir etwas lesen. Die Worber Parlamentarier sind sehr mobil. Zählt man die Austritte aus dem Worber Parlament zusammen, ergibt das eine erstaunlich hohe Fluktuation von 12.5%. Die Fluktuation liegt somit 2,5 mal höher als die Fluktuation beim Grossen Rat des Kantons Bern. Dies kann jedoch nicht aus dem Bericht gelesen werden, dies ist eine externe Information. Ebenfalls kann zur Mobilität der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger etwas gelesen werden. Im Verwaltungsbericht wird festgehalten, dass die Worber Stimmbeteiligung bei den kommunalen Abstimmungen in der Regel deutlich tiefer ist als bei kantonalen oder eidgenössischen Abstimmungen. Der Verwaltungsbericht verfasst 76 Seiten, ganz komplett ist er ja aber nie. Dass er Lücken aufweist, sieht man, dass weiterhin keine Angaben zum Heizölverbrauch aufgeführt werden. Dies hat die Grüne-Fraktion im letzten Jahr gefordert. Die ASK stellt fest, dass insgesamt 12 Vorstösse abgeschrieben werden sollen. Es fällt auf, dass sieben von diesen 12 Vorstössen weniger als zwei Jahre alt sind. Grundsätzlich ist diese zeitnahe Behandlung zu begrüssen. Die ASK bemängelt aber, dass nicht ersichtlich ist, ob die für die Abschreibung relevanten Entscheidungsgrundlagen vollständig sind und ob sie bei den jeweiligen zuständigen Kommissionen ebenfalls vernehmlassung wurden. Da sind einige Geschäfte, bei welchen eine Kommission involviert sein müsste. Dies geht aber aus dem Bericht nicht hervor. Die ASK und die GPK haben anlässlich einer gemeinsamen Sitzung den Verwaltungsbericht 2011 geprüft. Mit Ausnahme der eben erwähnten Mängel haben die ASK und die GPK keine Sachverhalte erkannt, die eine vertiefte Prüfung nötig machen würden. Die ASK dankt dem Gemeinderat und insbesondere auch der Verwaltung für die ausführliche Berichterstattung. Die ASK hofft, dass der Verwaltungsbericht als Führungs- und als Kontrollinstrument der Gemeinde verstärkt eingesetzt wird und dass der Bericht auch von unserer Bevölkerung

zahlreich gelesen wird. Die ASK empfiehlt dem GGR den Verwaltungsbericht mit den Abschreibungen zu genehmigen.

von Arx Roland, Grüne: Wir möchten der Verwaltung für den Bericht und die geleistete Arbeit danken. Gregor Messerli hat bereits erwähnt, mit dem Verwaltungsbericht will der Gemeinderat eine ganze Reihe parlamentarischer Vorstösse abschreiben. Scheinbar will er vor der nächsten Legislatur reinen Tisch machen. Für uns geht diese Abschreibungsflut zu weit und wir werden beantragen, dass drei Vorstösse nicht abgeschrieben werden.

Antrag 1: Das Postulat der Grüne-Fraktion vom 17. Oktober 2011 bezüglich Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen soll nicht abgeschrieben werden. Begründung: Die ursprüngliche Motion wurde als Postulat überwiesen. Von einer Verfassungsänderung ist im Postulat also keine Rede mehr. Vielmehr wurde der Gemeinderat beauftragt zu prüfen, wie er die Energieeffizienz und die Verwendung erneuerbarer Energiequellen fördern kann. Der Hinweis auf den Bezug von einem kleinen Anteil Ökostrom reicht bei weitem nicht aus, um dem Postulat genüge zu tun. Zudem wurde bereits vor der Überweisung des Postulats Ökostrom bezogen und der Anteil seither nicht erhöht. Wir erwarten mindestens, dass der Gemeinderat in seinen nächsten Legislaturzielen die Anliegen des Postulats in verbindlicher Weise aufnimmt. Zur Erfüllung des Postulats müssten zudem mindestens die Energiesparziele und die geplanten Massnahmen des Gemeinderates in der Vorschau aufgeführt werden.

Antrag 2: Das Postulat eines Komitees vom 16. März 2009 bezüglich sichere und gesunde Schulwege soll nicht abgeschrieben werden. Begründung: Die Schulwegsicherung bleibt ein aktuelles Thema. Die Sicherheit regelmässig zu prüfen und zu thematisieren reicht nicht, um die Situation zu verbessern. Was hat der Gemeinderat konkret gemacht ausser Gespräche geführt und einen Rundgang angeboten? Dass die Bildungskommission Leuchtwesten hat verteilen lassen, genügt unserer Meinung nach nicht. Das Postulat und die Schulwegsicherung kann erst ad acta gelegt werden, wenn das Zentrum fussgänger- und velofreundlich umgestaltet worden ist.

Antrag 3: Das Postulat der EVP-Fraktion vom 10. September 2007 bezüglich Verkehrssicherheit für Radfahrer auf der Kantonsstrasse zwischen Worb Dorf und Worb SBB soll nicht abgeschrieben werden. Begründung: Wir fragen uns, was ein Monitoring und Controlling hergibt? Natürlich gibt es nur sehr wenig Radfahrer auf dieser Strecke, denn diese wird gemieden weil sie viel zu gefährlich ist. Ein Projekt des OIK II verbessert die Situation nicht und auch die Aufnahme in den kantonalen Strassennetzplan 2013-18 ist zwar erfreulich, ändert aber an der Situation auch noch lange nichts. Beim Aufräumen bin ich auf eine Motion der SP-Fraktion vom Jahr 1993 gestossen. Diese hat den GGR aufgefordert, das geplante Fuss- und Radwegnetz zu verwirklichen. Im folgenden Jahr wurde diese Motion leider abgeschrieben, mit dem Ergebnis, dass wir im Jahr 2012 immer noch kein brauchbares Radwegnetz haben. Daraus sollten wir lernen, dass es wichtig ist, mit unseren Vorstössen den Druck auf die Verwaltung aufrecht zu erhalten, bis die Ziele erreicht sind. Ich bitte euch daher, unsere drei Anträge zu unterstützen.

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten, welche am Verwaltungsbericht mitgearbeitet haben. Der Verwaltungsbericht gibt einen guten Überblick, was im Jahr 2011 alles erledigt worden ist oder eben auch nicht. Die Vergleiche mit den vorhergehenden Jahren wurden fortgesetzt. Dies zeigt klare Informationen betreffend Gemeindeentwicklung. Betreffend der Vorstösse wurde bereits einiges von meinen Vorrednern erwähnt. Wir sind der Meinung, dass bei diversen Vorstössen, welche beantragt werden abzuschreiben, wurden lediglich Abklärungen getroffen. Erledigt sind sie aber damit noch nicht. Ich möchte diejenigen Vorstösse erwähnen, bei welchen die SP-Fraktion beantragt, nicht abzuschreiben. Das ist die Überprüfung des Reklamereglements und Errichtung der Kultursäule vom 9. November 2011. In diesem Vorstoss sind zwei For-

derungen enthalten, wovon nur eine, die Kultursäule, provisorisch umgesetzt wurde. Von einer Überprüfung des Reglements ist nicht die Rede. Dieser Vorstoss ist somit nicht erledigt. Beim Vorstoss betreffend dem attraktiven Spielplatz kann man sich fragen, wie sicher ist es, dass sich die Sportzentrum Worb AG mit der Umsetzung auseinandersetzen will? Gerade ist der Wislepark eröffnet worden. Die AG hatte bisher andere Sorgen. Es ist uns ein Anliegen, dass sich der Gemeinderat informieren lässt, was die AG denkt zu unternehmen. Anschliessend soll der GGR darüber informiert werden. Wir beantragen diese beiden Postulate nicht abzuschreiben. Noch eine Bemerkung zu den Arbeiten des Gemeinderates. Es hat uns sehr gefreut, dass im Jahr 2011 mit der Gestaltung eines Engelsgrabes angefangen wurde. Dies ist sehr erfreulich. Dann noch eine Anmerkung innerhalb der SP-Fraktion betreffend des Departements Bildung. Da bemerkt man die persönlichen Veränderungen. Der Bericht ist übersichtlicher und nach einem strafferen Konzept erarbeitet. Die SP wird den Verwaltungsbericht genehmigen.

Zimmermann Lukas, EVP: Einmal mehr durften wir uns einen interessanten und informativen Verwaltungsbericht zu Gemüte führen. Im Namen der EVP-Fraktion möchte ich allen Beteiligten für ihre geleistete Arbeit ganz herzlich danken. Danken möchte ich insbesondere den Verwaltungsangestellten, allen voran den Abteilungsleitern sowie dem Gemeinderat. Gerne werde ich mir im Anschluss in der Detailberatung die eine oder andere Frage erlauben. Die EVP freut sich über den, wie immer, sehr vielfältigen Verwaltungsbericht.

Würgler Walter, FDP: Der vorliegende Verwaltungsbericht 2011 ist noch umfassender und detaillierter als die Berichte der Jahre 2009 und 2010. Wir haben hier einen Rechenschaftsbericht in den Händen. Diese Bezeichnung trifft meiner Meinung nach eher zu als der verstaubte Begriff Verwaltungsbericht. Dieser Rechenschaftsbericht muss als Führungsinstrument gegen innen und gegen aussen dienen und dazu verwendet werden. Er enthält gute Informationen und Aussagen. Gestatten Sie mir, dass ich zwei Punkte aus diesem Bericht erwähne. Bei den abzuschreibenden Vorstössen ist die dringliche FDP-Motion vom 12. Oktober 2009 zu erwähnen. Unter dem Titel „Mehr Effizienz in der Bildungs- und Jugendpolitik“. Dies war eine lange Geschichte. Nun ist aber von den Verantwortlichen im Departement Soziales hart und effizient gearbeitet worden. Die Umsetzung der Schulsozialarbeit erfolgt ab August 2012 nach dem neuen Konzept. Die Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit erfolgt ab Januar 2013. Dies ist ein ausgezeichnetes Ergebnis und gebührt Lob und Dank an alle des Departements Soziales, welche sich hier engagiert haben. Noch zum Punkt „Worb schrumpft“. Seit dem Jahr 2009 geht die Bevölkerungszahl zurück. Im Berichtsjahr 2011 um 91 Personen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind alle gefordert. Worb muss wieder zu einem moderaten Wachstum finden. Die Ortsplanung muss mit Hochdruck vorangetrieben werden. Ohne klare und vom Volk getragene Ortsplanung gibt es keine grössere Bautätigkeit. Und ohne Bautätigkeit gibt es auch kein Bevölkerungswachstum und keine neuen Arbeitsplätze. Es bleibt mir und der FDP-Fraktion zu danken. Wir danken allen Personen auf der Verwaltung für die Erstellung dieses umfassenden Rechenschaftsberichts. Die FDP-Fraktion bedankt sich bei allen in dieser Gemeinde, die das gemeinsame Ziel verfolgen: Eine prosperierende Gemeinde Worb. Die FDP Worb genehmigt den Verwaltungsbericht 2011.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat

Gambon Albert, SVP: Wir danken für diesen umfassenden Bericht. Wir haben ein Anliegen zum Gegenstand Vortritt des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr. Wir möchten beantragen, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben wird. Begründung: Bei der Überweisung am 21. Juni 2010 sagte der zuständige Gemeinderat: „Versuchsweise waren auch Securitas-Mitarbeiter vor Ort, welche in den Spitzenzeiten den Verkehr von Hand geregelt haben.“ Leider haben davon keine Auswertungen dieser Erfahrungen und Resultate stattgefunden. Trotzdem hat das OIK signalisiert, dass die Bereitschaft vorhanden ist, den im Jahr 2007 begonnenen Prozess wieder aufzunehmen und nach einer Lösung zu suchen. Wir möchten, dass das Postulat weiterhin der Fachkommission zugeteilt wird und dass in der Kommission Lösungen gesucht werden. Dieses Sicherheitsproblem sollte gelöst werden und dadurch könnte vielleicht sogar ein Unfall verhindert werden, welcher ansonsten negative Schlagzeilen in der Presse verursachen würde. Ich setze mich dafür ein, dass eine Lösung gefunden wird. Ich zitiere noch aus dem Protokoll: „Es geht also um eine provisorische Lösung bis die Verkehrssanierung greift. Dort hat der Kanton Bereitschaft signalisiert und deshalb gibt es für uns keinen Grund, nicht bereit zu sein. Deshalb schlagen wir euch vor, das Postulat als erheblich zu erklären.“ Daran hat sich bis heute nichts geändert und deshalb bitten wir euch, das Postulat nicht abzuschreiben.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementvorsteher Sicherheit: Postulat „Verkehrssicherheit für Radfahrer auf der Kantonsstrasse zwischen Worb Dorf und Worb SBB“. Im Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern-Mittelland steht das Massnahmenblatt V-LV 2.4 „Worb, Velosicherheit Rubigenstrasse“. Ich zitiere aus dem Massnahmenblatt: „Die Rubigenstrasse in Worb ist die Verbindungsstrasse zwischen Worb Dorf und Worb SBB. Als Folge der Verkehrssanierung Worb nimmt die Verkehrsbelastung auf der Rubigenstrasse zu. Dies verschärft die Defizite für den Langsamverkehr, insbesondere für den Veloverkehr in Längsrichtung. Mit dem Ausbau des Strassenquerschnitts auf durchgehend acht Meter entsteht Raum für einen einseitigen Radstreifen bergwärts. Zusätzlich werden an entsprechenden Stellen Abbiegehilfen für Velofahrende erstellt. Insgesamt wird durch diese Massnahme die Verkehrssicherheit für Velofahrende erhöht und die Attraktivität für den Langsamverkehr gestärkt. Massnahme: Ausbau des Strassenquerschnitts auf durchgehend acht Meter, Umgestaltung Kreuzung Rütliweg, Abbiegehilfe Einmündung Stationsstrasse. Die Zuständigkeit liegt beim Tiefbauamt und das OIK II. Die Kosten belaufen sich auf 1.5 Mio. Franken (+/- 50 %), Kostenteiler: Bund 35 %, Kanton 65 %. Falls die Gemeinde vorher etwas tun will, müssen wir die 1.5 Mio. Franken selbst in die Hand nehmen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dem Postulat mit dem Massnahmenblatt genügend Rechnung getragen wird. Er beantragt deshalb Abschreibung des Postulates. Postulat „Sichere und gesunde Schulwege“. Es ist richtig, dass die verschiedenen Anliegen des Volkspostulates „Sichere und gesunde Schulwege“ nach wie vor aktuell sind. Aus Sicht des Gemeinderates können diese Anliegen auch nicht auf einmal umgesetzt werden. Eine solche Lösung wäre in jedem Fall eine scheinbare und vorübergehende Lösung. Um dem angesprochenen Problem gerecht zu werden, müssen die nötigen Werkzeuge geschaffen werden, die eine regelmässige Auseinandersetzung mit dem Anliegen „Sichere und gesunde Schulwege“ einfordern. Mit den beiden Projekten „Pedibus“ und „Schuelzwaeg“ haben wir konkrete Massnahmen. Mit der zweimal jährlichen Besprechung dieser Problematik in den dazugehörigen Arbeitsgruppen sind die notwendigen Instrumente geschaffen worden, damit das Anliegen auch in Zukunft ernst genommen wird. Wir haben damit einen stehenden Auftrag geschaffen, sichere und gesunde Schulwege zu gewährleisten. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat diesen Vorstoss abzuschreiben. Das Postulat „Vortritt des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr“ wird von einem Mitglied der Sicherheitskommission als noch nicht

abschreibungswürdig eingestuft. Für mich sind hier drei Punkte von Bedeutung: Erstens: Die bauliche Gestaltung des Platzes ist zwar ungünstig, kann aber nicht so einfach geändert werden. Zweitens: Mit der Beruhigung der Bahnhofstrasse im Rahmen der Verkehrssanierung Worb wird hier eine neue Situation geschaffen, was bei der Realisierung einer Massnahme im Kopf behalten werden muss. Drittens: Gemäss einer Aussage von Bern-Mobil können die Fahrzeiten eingehalten werden. Tatsächlich wird das Geschäft aber noch auf der Pendenzenliste der Sicherheitskommission aufgeführt, wobei eine weitere Sitzung mit dem Kanton in Aussicht gestellt wird. Ich habe für die Bürositzung im Juni eine Vertretung des Kantons eingeladen, damit wir diese Angelegenheit möglichst umgehend abschliessen können. Aus diesem Grund werde ich mich gegen den Antrag, den Vorstoss noch nicht abzuschreiben, nicht zur Wehr setzen.

Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Departement Präsidiales

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Wir haben eine Frage zur Seite 24. Wieso kamen von den fünf geplanten Besuchen bei Firmen nur zwei zustande? Noch eine weitere Bemerkung. Die Wirtschaftsförderung muss ein sehr wichtiges Standbein von Worb sein. Warum fanden bei der Ortsmarketingkommission lediglich zwei Sitzungen statt? Hier sollten doch kluge Köpfe an der Weiterentwicklung von Worb arbeiten können. Nebenbei auf Seite 73. Es ist auffallend, dass die Planungskommission im Jahr 2011 lediglich vier Sitzungen absolviert hat.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Die angesprochenen Firmenbesuche erfolgen zusammen mit dem Wirtschaftsraum Bern (der früheren regionalen Wirtschaftsförderung). Diese Firmenbesuche erfolgen im Rahmen einer Vorgabe im Leistungsvertrag des Kantons, der vom Wirtschaftsraum Bern die Durchführung einer bestimmten Anzahl Firmenbesuche in der Region Bern-Mittelland fordert. Wir haben anfangs Legislatur fünf Firmenbesuche gebucht und diese in den vergangenen Jahren auch problemlos durchführen können. Bei den grossen Firmen wie beispielsweise bei der OLWO, der Comat oder ProEda war jeweils auch eine Vertretung der kantonalen Wirtschaftsförderung mit dabei. Im vergangenen Jahr haben wir uns wieder auf fünf Firmen geeinigt und der Wirtschaftsraum Bern hat die Besuche organisiert. Zwei von den Firmen aus dem Baugewerbe haben dann aber dankend auf einen Besuch verzichtet, mit der Begründung, sie hätten aufgrund der grossen Arbeitslast derzeit schlicht keine Zeit für solche Besuche. Eine dritte Firma hat ebenfalls auf einen Besuch verzichtet, mit der Begründung, dass sie ihre Geschäftstätigkeit in Kürze einstellen würde. Dies war ein privates Altersheim. Aus diesem Grund haben wir von den vorgesehenen fünf nur zwei Besuche mit dem Wirtschaftsraum Bern durchführen können. Dies ist im Verwaltungsbericht auch entsprechend aufgeschrieben. Dies hat mich aber nicht gehindert, bei den Firmen auf Einladung oder auch bei Gelegenheit hineinzuschauen und im Gespräch mit den Unternehmern zu bleiben. Bezüglich der Firmenbesuche hat sich mittlerweile einiges geändert. Der Wirtschaftsraum ist nicht mehr verpflichtet, im Auftrag des Kantons die Firmenbesuche zu organisieren. Man hat auch hier festgestellt, dass gerade kleinere Firmen den Nutzen dieser offiziellen Besuche eher in Frage stellen und deshalb ungern Zeit dafür opfern. Wir haben die Firmenbesuche im Jahr 2012 deshalb zusammen mit der Ortsmarketingkommission selber organisiert und werden sie auch selber durchführen. Wie bereits in den Medien erwähnt, liegt der Schwerpunkt der Firmenbesuche dieses Jahr aus aktuellem Anlass auf den Verkaufsgeschäften von Worb. Wir werden in diesem Jahr fünf Firmen besuchen.

Departement Finanzen

Zimmermann Lukas, EVP: Wir haben zum Departement Finanzen zwei Fragen. Bis wann werden die OPTA-Arbeiten abgeschlossen werden sein? Bei Punkt 4 Mitteleinsatz und Mittelbewirtschaftung haben wir zwei abweichende Werte festgestellt. Und zwar einmal 1.66% und dann 2.13%. Wenn der gleiche Wert gemeint ist, welcher von beiden ist korrekt?

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Der Wert von 1.66% ist korrekt. Zur OPTA-Frage: Zusammen mit der Finanzplanung, welche in diesem Jahr mit dem Voranschlag zusammenfällt, werden wir einen Bericht zu OPTA abgeben. In der Tat ist es so, wie es im Bericht auf Seite 30 oben steht. Im Zusammenhang mit der veränderten Gebührensituation, welche zu mehr Arbeit in der Verwaltung geführt hat und den üppigen Zusatzgeschäften, welches das Departement zu bewältigen hatte, unter anderem dem Dreiklang, dem Wislepark und mit der Blockierung der Verkehrssanierung/Hochwasserschutz, haben wir unsere konzeptionelle Arbeit zurückgestellt. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Bericht zusammen mit den Planungsgrundlagen zu erledigen. Und so produzieren wir auch keine Berichte, welche sowieso erst im Planungsprozess von Interesse sind. In dem Sinn hat eine Priorisierung stattgefunden und wir haben dies im Verwaltungsbericht auch so niedergeschrieben.

Departement Bau

Keine Wortmeldungen.

Departement Umwelt

von Arx Roland, Grüne: Gregor Messerli hat bereits erwähnt, dass die Zahlen zum Heizölverbrauch im Verwaltungsbericht fehlen. Ich möchte nochmals erwähnen, dass mir damals zugestimmt worden ist, dass dies wichtige Kennzahlen seien, welche auch im Geschäft benötigt und diese selbstverständlich im nächsten Bericht aufgeführt werden. Ich finde die Zahlen leider im vorliegenden Bericht wiederum nicht und möchte nochmals bitten, diese wichtigen Kennzahlen in Zukunft auszuweisen, wenn möglich bereits mit den Zahlen der vorangegangenen Jahre. Walter Würzler hat bereits gesagt, dass es ein Rechenschaftsbericht ist. In einem Rechenschaftsbericht arbeitet man mit Indikatoren und Zielen, die man vorgegeben hat. Diese Zahlen sind somit sehr wichtige Ziele. Interessant zu wissen wäre natürlich der Verbrauch für besonders energieintensive Anlagen wie die Eisbahn und das Schwimmbad. Es wäre gut, wenn diese Energiekennzahlen jeweils separat ausgewiesen werden könnten.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Betreffend den Zahlen zum Heizöl. Dies ging schlichtweg vergessen. Auf der Seite 44 ist ersichtlich, dass die Zahlen zum Strom enthalten sind. Ich werde mich aber dafür einsetzen, dass diese Zahlen im nächsten Verwaltungsbericht ausgewiesen werden. Immerhin haben wir auf Seite 49 die Anfragen zum Güllen- und Mistaustragen im Winter vermerkt. Und der Vermerk betreffend der Eisbahn und dem Schwimmbad; dies kann im Geschäftsbericht der AG gelesen werden.

Departement Bildung

Keine Wortmeldungen.

Departement Soziales

Zimmermann Lukas, EVP: Zum Recy ist zu lesen, dass die Perspektiven für die Weiterführung des Beschäftigungsprogramms im bisherigen Rahmen gut seien. In der Gemeinderechnung heisst es im entsprechenden Controllingbericht, dass die Weiterführung unter den heutigen Rahmenbedingungen sehr zweifelhaft sei. Was stimmt nun?

Gemeinderat Stoll Hanspeter, Departementvorsteher Soziales: Dies ist eine gute Anmerkung. Diesen Jahresbericht, welcher vor euch liegt, schliesst das Jahr ab. Ich habe bei der Gemeinderechnung noch das erste Quartal dazugefügt und ihr werdet dieses Geschäft noch in diesem Jahr hier im Ratssaal vor euch haben. Ihr könnt dann darüber debattieren, ob das Recy zukunftssträftig ist oder nicht. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Departement Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Departement Planung

Keine Wortmeldungen.

Antrag und Beschluss

Keine Wortmeldungen.

Beschluss zum Antrag, das Postulat der Grüne-Fraktion betreffend Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 21 zu 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Beschluss zum Antrag, das Postulat des Postulats-Komitee betreffend Sichere und gesunde Schulwege nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 18 zu 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zum Antrag, das Postulat der EVP-Fraktion betreffend Verkehrssicherheit für Radfahrer auf der Kantonsstrasse zwischen Worb Dorf und Worb SBB nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 19 zu 18 Stimmen abgelehnt.

Beschluss zum Antrag, das Postulat der SP-Fraktion betreffend Überprüfung des Reklamereglements und Errichten der Kultursäulen nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 22 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zum Antrag, das Postulat der SP-Fraktion betreffend Attraktiver Spielplatz nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 21 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss zum Antrag, das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Vortritt des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 25 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Beschluss:

Der bereinigte Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2011 wird genehmigt.
2. Mit den im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 3.3, angegebenen Begründungen werden abgeschrieben:
 - Postulat der EVP-Fraktion vom 10. September 2007 betreffend Verkehrssicherheit für Radfahrer auf der Kantonsstrasse zwischen Worb Dorf und Worb SBB
 - Postulat der Grüne-Fraktion vom 23. Juni 2008 betreffend mehr Sicherheit für Schülerinnen und Schüler auf der Wydenstrasse
 - Volkspostulat vom 16. März 2009 betreffend sichere und gesunde Schulwege
 - Postulat der SP-Fraktion vom 9. November 2009 betreffend Überprüfung des Reklamereglements und Errichten der Kultursäulen
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 9. November 2009 betreffend Mehr Effizienz in der Bildungs- und Jugendpolitik
 - Postulat der EVP-Fraktion vom 13. Dezember 2010 betreffend Optimierung Angebot Postautolinien
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 7. Februar 2011 betreffend Aufschiebung des Baubeginns des Sport- und Freizeitzentrums Worb
 - Postulat der SP-Fraktion vom 12. September 2011 betreffend Betrieb Linie 6 („Blaues Bähnli“)
 - Postulat der EVP-Fraktion vom 12. September 2011 betreffend Windpark
 - Postulat der SP-Fraktion vom 12. Dezember 2011 betreffend Attraktiver Spielplatz.

Gemeinderechnung 2011, Vornahme übriger Abschreibungen: Genehmigung, Nachkreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	6	2009/12-365	451	21/20

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Ramseier-Doevendans Anneke, ASK: Die Revisionsstelle T+R AG aus Gümligen hat am 5. Oktober 2011 die unangemeldete Zwischenrevision und am 19. und 20. März 2012 die Prüfung der Jahresrechnung vorgenommen. Am 7. Mai 2012 hat die Aufsichtskommission zusammen mit der Geschäftsprüfungskommission von der Gemeinderechnung 2011 und vom Bestätigungsbericht vom Rechnungsprüfungsorgan Kenntnis genommen. Der Departementsvorsteher, Jonathan Gimmel, der Leiter der Finanzabteilung, Fritz Jenzer, und der Vertreter der Revisionsstelle, Herr Steffen, haben mit einem übersichtlichen Handout ausführlich über die Gemeinderechnung informiert. Die Budgetdisziplin hat mit geringfügigen Abweichungen sehr gut funktioniert. Was nicht optimal ist, ist dass der Cashflow mit 3.5 Mio. Franken tief ist. Für die Finanzierung der Werterhaltung der Infrastrukturanlagen mit einem Wert von 250 Mio. Franken müsste der Cashflow 5 Mio. Franken betragen, um genügend zu sein. Der Aufwand 2011 ist gegenüber dem Budget um rund 2 Mio. Franken geringer. Dies weil der Kanton ab dem Jahr 2011 den Mahlzeitenbereich der Spitex finanziert. Der Ertrag ist im Budget zwar geringer, aber höher als der Aufwand, weil Buchgewinne anfielen und weniger in Wasser und Abwasser investiert wurde. Die Kreditüberschreitungen, welche mit Nachtragskrediten vom Gemeinderat bewilligt werden mussten, sind im Vergleich zum Jahre 2010 um die Hälfte reduziert, aber immer noch relativ hoch mit einem Betrag von CHF 250'000.-. Auch die Revisionsstelle ist der Meinung, dass für diese absehbaren Kreditüberschreitungen im Voraus ein Nachkredit eingeholt werden muss. Die vielen anderen Details sind in der Botschaft ausführlich beschrieben und werden auch noch vom Departementsvorsteher erklärt. Die ASK und die GPK stimmen dem Vorschlag zu, den Nachkredit von 1.08 Mio. Franken für übrige Abschreibungen zu verwenden, weil in den nächsten Jahren grosse Investitionen anstehen. Die ASK und die GPK beantragen die vorliegende Rechnung zu genehmigen und danken Jonathan Gimmel und Fritz Jenzer mit seinen Mitarbeitern ganz herzlich für die gute Rechnungsführung und die detaillierte Botschaft.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Die Gemeinderechnung ist das meistgeprüfte Geschäft in dieser Gemeinde. Es gibt kein anderes Geschäft, welches von der GPK und der ASK gemeinsam geprüft wird. Die Gemeinderechnung wurde an der Parteipräsidentenkonferenz vorgestellt und Fritz Jenzer nimmt Beratungsfunktion in den Fraktionen wahr. Bei der SP, der SVP und der EDU wurde diese Rechnung bereits erläutert. Zudem betätigen wir uns in der Medienarbeit. Ich habe den Eindruck, dass in dieser Gemeinde die Rechnung sehr aufmerksam geprüft wird. Dies haben wir auch von der ASK gehört, welche ebenfalls den Revisionsbericht der Revisionsstelle anhört. Man könnte daraus schliessen, dass ich nun mein Votum beende. Tatsächlich trifft dies fast ein, denn ich habe noch nie so wenige Folien wie heute mitgebracht. Ich möchte zum Zeitpunkt zurückgehen, als wir diese Planung vorgenommen haben. Die Rechnung ist letztlich ein Vergleich zum Voranschlag 2011, welche im Oktober 2010 beschlossen wurde. Die Planung fand im Jahr 2009 statt. Wir vergleichen also diese alten Werte mit den Erkenntnissen des letzten Jahres. Mit dem Ergebnis darf festgestellt werden, dass die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Worb mit einem positiven Ergebnis abschliesst. Der Gesamtaufwand liegt bei 46'114'699 Franken und der Gesamtertrag von 47'195'026 Franken. Der Ertragsüberschuss von 1'080'327 Franken ist bereits ausgewiesen. Anneke hat erläutert, weshalb sich der Umsatz verändert hat. Ich möchte nun die Ergebnisse aufzeigen, (Folienauflage. Die Protokollführerin). Wenn man diese Rechnung vergleicht, muss man daran denken, dass angesichts der ungünstigen Wirtschaftsprognosen Haushaltsverbesserungsmassnahmen in der Höhe von CHF 700'000.- weitergeführt worden sind. Dies wurde vom Voranschlag 2010 in den Voranschlag 2011 übernommen. Diese haben den baulichen und betrieblichen Unterhalt betroffen. Es sind Kürzungen im Bereich Gutachten, Dienstleistungen und im

Personalaufwand vorgenommen worden. Die Vorgaben vom Jahr 2010 haben wir ohne Änderungen in den Voranschlag 2011 aufgenommen. Zusätzlich wurden im Voranschlag 2011 Massnahmen im Umfang von CHF 560'000.- aus dem Projekt OPTA eingeführt. Dabei ging es vorwiegend um die Neubehandlung der Instandstellungsarbeiten als Überführung von der Investitionsrechnung in die Laufende Rechnung. Dies aufgrund des schlechten Finanzplans. Bei der Beurteilung des Ergebnisses dürfen wir feststellen, dass der Voranschlag deutlich übertroffen worden ist. Dies aus den folgenden vier Hauptaspekten: Erstens: Die Umsicht der klaren Haushaltsführung. Zweitens: Die Investitionen erreichten eine Höhe von 10.45 Mio. Franken, wobei der Hauptteil von 7.4 Mio. Franken an das Sportzentrum Worb fallen. Jedoch handelt es sich hier nicht um eine abschreibungsrelevante Grösse. Drittens: Durch die geringeren harmonisierten Abschreibungen von 1.5 Mio. Franken. Viertens: Die Einkommenssteuern, welche deutlich tiefer ausgefallen sind. Die Mindererträge belaufen sich auf rund 1.5 Mio. Franken, welche jedoch durch übrige Steuereinnahmen von rund 1 Mio. Franken korrigiert wurden. Somit ergibt sich ein Defizit von rund einer halben Million Franken. Dies werde ich später im Detail erläutern. Nun ein Blick zurück. Wir haben gehört, dass Worb schrumpft. Ich möchte anhand dieses Entwicklungsdiagramms einige Worte sagen, wo unser Rechnungsabschluss einzuordnen ist (Foliensatz. Die Protokollführerin). Dass Worb schrumpft sieht man anhand des Einwohner-Feldes. Wir sehen das Feld Einkommenssteuern natürliche Personen. Dort ist zu erkennen, dass sich der Steuerertrag der natürlichen Personen auf den Wert 2009/2010 konsolidiert hat. Wir erinnern uns an die Diskussion betreffend Folge der Steuergesetzrevision. Wir haben uns geringfügig verrechnet und dies wirkt sich mit rund 1.5 Mio. Franken sehr stark aus. Der Steuerertrag hat sich nicht mehr gesteigert und dessen waren wir uns bewusst. Dieser steht im Zusammenhang mit der Steuergesetzrevision. Da die Steuertarife geändert wurden, mussten wir mit geringerem Wachstum rechnen. Wenn die Entwicklung des Ergebnisses beurteilt werden soll, dann benötigt es noch etwas Geduld. Das Ergebnis hat etwas mit den ausserordentlichen Abschreibungen zu tun. Der Überschuss soll vollumfänglich für ausserordentliche Abschreibungen verwendet werden, so dass wir das Verwaltungsvermögen möglichst tief halten können, um in künftigen Jahren weniger abschreiben zu müssen. Das Eigenkapital ist unverändert hoch. Solange wir keine Überschüsse ins Eigenkapital überführen, bleibt dieses stabil. Mit mehr als 8 Mio. Franken ist das Eigenkapital sehr gut dotiert. Wir wissen aber alle, dass dahinter kein Geld ist. Dies ist ein buchhalterischer Wert, mit dem wir uns nichts kaufen können. Die Investitionstätigkeit ist im Jahr 2011 rekordmässig hoch. Die grosse Höhe der Investitionen begründet sich in der Liberierung des Aktienkapitals und mit dem Darlehen an die Sportzentrum Worb AG. Ansonsten ist der Wert relativ tief mit 3.05 Mio. Franken. Dann zum Thema übrige Abschreibungen. Insgesamt haben wir seit dem Jahr 2011 mehr als 19 Mio. Franken ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen. Wir haben das Verwaltungsvermögen künstlich vergünstigt, damit wir in den Folgejahren weniger, gesetzlich vorgeschriebene, harmonisierte Abschreibungen vornehmen müssen. Dies sollten wir weiterhin tun, damit wir die Ausgangslage für die Folgejahre verbessern können. Nun das wichtigste Argument zur Beurteilung des Voranschlages; der Cash-Flow. Der Cash-Flow ist seit dem Jahr 2004 ein bisschen mehr als 4 Mio. Franken, aktuell ist er bei rund 3.53 Mio. Franken. Ich möchte nun auf einige dieser Hauptpunkte eingehen. Bei der Steuer-Darstellung ist ersichtlich, dass die Haupteinnahmequelle unserer Gemeinde, nämlich die Einkommenssteuern der natürlichen Personen, um rund 7% tiefer ausgefallen ist, als erwartet. Es wird hier immer wieder gesagt, dass wir wahrscheinlich zu defensiv bei den Steuereinnahmen waren. Wenn es dann um die Planung geht, es war nicht unsere Absicht, dass wir unter diesen Wert fallen. Aber es zeigt auch, dass wir im Planungsprozess möglichst exakt planen wollen. Nun haben wir einen leichten Ausreisser nach unten, welcher jedoch korrigiert wird mit anderen Steuern. Beispielsweise auch die der juristischen Personen mit Gewinn- und Kapitalsteuern. Insgesamt gibt es wieder ein Defizit von rund einer halben Million aus den Steuern, was wiederum relativ präzise ist. Wir haben einen Hauptpunkt weniger

Steuereinnahmen um eine halbe Million Franken. Es gibt einen Hauptpunkt, warum sich das Ergebnis wieder korrigiert. Das sind die Liegenschaftsverkäufe, sie erfolgten gemäss Planung. Sie hätten bereits letztes Jahr in die Rechnung einfließen sollen, insgesamt finden sie nun in diesem Jahr statt, was sich günstig auswirkt. Bei den Investitionen habe ich das Wesentliche angesprochen. Es handelt sich dabei sehr wohl auch noch um Investitionen, die geleistet worden sind, sie fallen einfach nicht im gewünschten Rahmen aus. Die Begründung ist nachvollziehbar, da wir verschiedene Projekte zurückstellen mussten oder sie nicht zeitgerecht ausgeführt werden konnten. Die Investitionen sind bei insgesamt 3 Million ausgefallen. Die Spitze der Übersicht ergibt sich nur aus dem Darlehen und dem Aktienkapital beim Sportzentrum. Die Finanzkennzahlen fallen in der erwarteten Grössenordnung aus. Auffallend ist, dass der Selbstfinanzierungsgrad sehr tief liegt. Er liegt deutlich unter den angestrebten 100%. Durch den Aspekt, dass wir mit 3 Mio. Franken relativ wenig investiert haben und wenn wir die Investitionen betreffend Sportzentrum abziehen würden, würden wir diesen Wert erreichen. Es muss festgestellt werden, dass die Selbstfinanzierung im Vergleich ungenügend ist und das ist auch eine Bewertung aus der gesamten Sicht. Ich habe es einleitend erläutert, dass heute ein Vergleich zwischen der Rechnung und dem Budget stattfindet. Zum beurteilen benötige ich eine Standortbestimmung, diese kann nun vollzogen werden. Insgesamt darf festgestellt werden, dass der Voranschlag um CHF 900'000.- besser ausfällt als unsere Annahme. Weiter darf festgestellt werden, dass der Cash-Flow um CHF 340'000.- besser ausfällt, als der Voranschlag beinhaltete. Insofern darf ich auch zufrieden sein und sagen, dass die Rechnung im Vergleich korrekt ist. Die Verschuldung liegt mit netto 18.1 Mio. Franken unter den Annahmen. Wenn die liquiden Mittel berücksichtigt werden, liegen wir bei einem Wert von rund 16 Mio. Franken, was dem Wert von 2009 entspricht. Den Aspekt der natürlichen Personen habe ich bereits dargelegt. Dank der Kompensation ergibt sich ein Defizit von nur bei einer halben Million Franken. Ich setze deshalb bereits zum Schlusspunkt an, wie er auch in der Botschaft umfassend dargestellt ist. Im Vergleich mit dem Voranschlag liegt ein gutes und sehr gut verantwortbares Ergebnis vor. Es ist festzustellen, dass wir enorme Anstrengungen vorgenommen haben bei der Voranschlagsplanung. Wir haben rund 1.5 Mio. Franken Sparvorgaben aus den Vorjahren übernommen und das Resultat entspricht in etwa diesen Vorgaben. Das zeigt, dass das Potential an sich erschöpft ist und das scheint mir eine wichtige Feststellung zu sein. Wir müssen uns nach wie vor sehr anstrengen, besonders stark in den kommenden Jahren, in welchen wir einen extrem defizitären Finanzplan haben. Das heisst, ich habe auf Bern-Ost bereits mit Freude gelesen, dass Steuerdiskussionen geführt werden. Ich bitte Sie, dass Sie nicht vergessen, was die Effekte dieser Rechnung sind. In der Zukunft haben wir einen sehr belasteten Finanzplan und hohe anstehende Investitionen. Mit diesem Hintergrund kann ich sagen, es ist ein gutes Ergebnis, weil der Voranschlag entsprechend war. Aber es ist nicht der Moment um in Euphorie auszubrechen und Steuern zu senken. Immerhin möchte ich noch zu bedenken geben, dass wir den Voranschlag 2012 um die Erhöhung aus dem Finanz- und Lastenverteilungsgesetz nicht weitergegeben haben. Somit haben wir bereits 0.4 Steueranlageeinheiten vorgezogen. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, die Rechnung zu genehmigen und gleichzeitig auch die ausserordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen zu bewilligen.

Emch Ulrich, FDP: Einmal mehr danken wir Jonathan Gimmel, Fritz Jenzer und allen beteiligten Personen für die saubere, transparente und aufschlussreiche Gemeinderechnung. Das Ergebnis macht ebenfalls Freude; auf den ersten Blick. Bei der näheren Betrachtung wird diese Freude leider massgeblich gedämpft. Das Bild ist trügerisch. Das Ergebnis 2011 glänzt im wahrsten Sinne des Wortes von ausserordentlichem, dies haben wir vorhin gehört. Eine nicht geplante Kumulation von Liegenschaftsverkäufen führt zu erheblichem Buchgewinn. Aber es ist sicher, dass uns das glänzende Tafelsilber bald einmal ausdienen wird. Andererseits waren wir aus bekannten Gründen mit den Investitionen sehr zurückhaltend. Auf den ersten Blick könnte man auch hier sagen, dass wir mit

den 10 Mio. Franken Investition auf Budgetkurs liegen. Aber eben, $\frac{3}{4}$ davon gingen in den Wislepark. Dieses Wochenende durften wir zwar ein ganz tolles Fest erleben und wir danken ganz herzlich dafür. Wir konnten sehen, dass die Aktiengesellschaft mit diesem Geld gut gearbeitet hat. Aus dem Geld ist etwas Gutes entstanden. Aber die Stunde der Wahrheit steht noch bevor und so viele Gäste wie am letzten Wochenende wird der Wislepark wohl kaum mehr auf einmal haben. Diese fast 7.5 Mio. Franken sind und bleiben Risikokapital. Deshalb sind für uns eigentlich zwei Kennzahlen absolut im Vordergrund und stimmen uns in einem gewissen Sinn auch nachdenklich. Seit 2007 wurde unsere Nettoverschuldung fast verdoppelt. Vorhin haben wir zwar gehört, es sei nicht ganz so schlimm, aber dennoch möchten wir dies erwähnen. Der Blick muss auf diese Nettoverschuldung gerichtet werden. Und das Wesentlichste, welches Jonathan ganz deutlich aufgezeigt hat, ist der Cash-Flow, also die Selbstfinanzierung. Dies ist für jedes Unternehmen und auch für unsere Gemeinde die wichtigste Kennzahl. Diese Zahl ist mit CHF 340'000.- zwar besser als vorgesehen, aber eben mit 3.5 Mio. Franken absolut ungenügend. Wir müssen 5 Mio. Franken haben, also ein Steuerzehntel mehr. Und wohin das führt, das wissen wir alle. Dieses Geld müssen wir auftreiben und vielleicht könnte man dies mit einer Steuererhöhung bekommen? Aber das ist ganz klar, dies kann nicht der Weg sein. Für uns gibt es vor allem zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist OPTA. Dazu noch eine Frage: Wann wird OPTA wirklich eingeführt, so dass Auswirkungen sichtbar sind? Die andere Möglichkeit ist die Ortsplanungsrevision. Wir haben uns dazu bereits beim Verwaltungs- oder Rechenschaftsbericht geäußert. Dort können wir Geld holen. Deshalb kommt eine Steuererhöhung für uns in keiner Art und Weise in Frage. Wir können aber auch ganz klar sagen, dass eine Steuersenkung für uns auch kein Thema ist. Es wäre aus unserer Sicht momentan reine Wahltaktik und wir meinen, unter den gegebenen Voraussetzungen, die wir heute haben, ist es keine Verantwortung von einer Steuersenkung zu reden. Die FDP wird deshalb die Gemeinderrechnung gemäss Antrag des Gemeinderates genehmigen.

Fröhlich Viktor, SP: Im Grossen und Ganzen kann ich mich den Vorrednern anschliessen. Die Rechnung 2011 könnte für mich den Untertitel „Das Glück der Tüchtigen“ tragen. Die Tüchtigen sind Fritz Jenzer und sein Team in der Finanzverwaltung, sowie der Departementsvorsteher Jonathan Gimmel. Vergleicht man den Voranschlag mit den gehaltenen Freuden, dann stellt man fest, dass in den meisten Positionen nur marginale Abweichungen bestehen. Da wurde also ganz exakt gearbeitet und hierfür gebührt den entsprechenden Personen Dank. Die drei grossen Abweichungen wurden bereits besprochen. Dies ist die negative Abweichung im Steuersubstrat, dann der einmalige Gewinn durch die zusätzlichen Buchgewinne der Liegenschaftsverkäufe und die Verzögerung in den Investitionen, damit keine Abschreiber gemacht werden mussten. In der Regel ist es so, dass eine positive Rechnung Begehrlichkeiten weckt. Politisch sind diese Begehrlichkeiten eigentlich immer gleichzusetzen mit dem Wunsch nach Steuersenkung. Hält man sich jetzt vor Augen, wie unsere Rechnung aussehen würde, wenn wir keine Buchgewinne gemacht hätten, wenn die Investitionen nicht verzögert gewesen wären und wenn wir Abschreiber gehabt hätten, dann würden wir hier mit längeren Gesichtern sitzen als momentan. Gepriesen sei die Gunst der Stunde und des Schicksals, aber bitte keine Steuersenkung. Ich gehe nochmals zur Rechnung 2010. Eigentlich sollten wir immer die Budgetierung, also den Voranschlag, mit der Rechnung vergleichen. Aber eine Zahl, welche sich praktisch nicht geändert hat, vergleiche ich von der Rechnung 2010. Es ist der Cash-Flow, welcher mit 3.5 Mio. Franken eindeutig zu tief ist. Meine Vorredner haben schon viel dazu gesagt, deshalb kann ich mich hier kurz fassen. Ich habe noch eine Anmerkung. Der SP-Fraktion ist aufgefallen, dass die Ortsmarketing-Kommission an drei verschiedenen Positionen in der Rechnung auftaucht. Einmal im Präsidialen und zwei Mal im Bau. Dies ist unserer Meinung nach etwas unübersichtlich. Vielleicht könnten ja die innovativen Schübe von dieser Kommission besser in einer Zahl der Finanzabteilung abgebildet werden.

Seematter Adolf, EDU: Die EDU dankt Fritz Jenzer für die geleistete Arbeit. Ersichtlich ist, dass er und sein Team uns für das Jahr 2011 eine sehr vorsichtige Budgetplanung vorgelegt haben. Die Besserstellung der Gemeinderechnung um rund CHF 900'000.- gegenüber dem Voranschlag ist erfreulich. Das vorliegende Dokument gibt wiederum eine transparente Übersicht des Finanzhaushaltes unserer Gemeinde. In der Gemeindeverwaltung wurde gut gearbeitet; ganz herzlichen Dank dafür. Wir danken auch dem Gemeinderat Jonathan Gimmel für sein Engagement. Doch die Gemeinderechnung 2011 hat nach Ansicht der EDU zwei negative Aspekte. Ein Aspekt ist der recht grosse Rückgang des Gesamtertrages. Im Jahr 2010 konnte ein Gesamtertrag von nicht ganz 50 Mio. Franken verbucht werden. In der Gemeinderechnung 2011 war der Betrag nur noch knapp über 47 Mio. Franken. Die Details werde ich nicht ausführen, aber es sollte dennoch zum Denken anregen. Die Steuergesetzrevision des Kantons wirkte sich bei den Einnahmen ziemlich stark aus. Ein anderer, für uns negativer Punkt, ist die Fremdmittelentwicklung. Das heisst, die Neuverschuldung der Gemeinde Worb hat über 2 Mio. Franken zugenommen. Es kann schon damit argumentiert werden, dass dies Investitionen sind, was auch stimmt. Das erfreuliche Resultat konnten wir am Wislepark-Fest besichtigen. Doch Verschuldungen sind ernst zu nehmen. Die Abzahlungen und Zinsentwicklungen sind zu beachten. Der Zinssatz ist zurzeit sehr günstig. Wie lange dies so bleibt, weiss niemand. Die Vornahme übriger Abschreibungen ist sinnvoll. Der Bewilligung des Nachkredites werden wir zustimmen und die Gemeinderechnung 2011 werden wir genehmigen.

Suter Harry, EVP: Die EVP dankt dem Departement Finanzen für das Erstellen und Kommentieren der Rechnung 2011. Auch die Effizienz von Jonathan ist uns nicht verschlossen verblieben. Vier Darstellungen auf einer Folie; so kann man effizienter vorwärts gehen. Der Ertragsüberschuss in der Gemeinderechnung 2011 beträgt knapp 1.1 Mio. Franken. Der Voranschlag rechnet mit einem Fehlbetrag von CHF 183'000.-. Die Rechnung 2011 schliesst also um fast CHF 900'000.- besser ab als geplant. Gründe dazu sind unter anderem die Buchgewinne der Liegenschaftsverkäufe (Ried und Hasli) mit CHF 536'000.- und die um CHF 823'000.- tieferen harmonisierten Abschreibungen. Weiterhin stehen uns hohe Investitionen wie zum Beispiel im Bereich Wasser und Abwasser, sowie die Umfahrung bevor und wir müssen sorgsam mit den Finanzen umgehen. Die EVP stimmt der Gemeinderechnung und der Nachkreditbewilligung zu.

Wermuth Bruno, SVP: Bei der Erstellung der Traktandenliste hätte die Gemeinderechnung vor dem Prüfbericht erscheinen sollen. Dann wäre zuerst gelobt und dann getadelt worden. Schon in manchem Jahr wurden wir positiv überrascht von der Arbeit der Finanzverwaltung der Gemeinderechnung, so auch in diesem Jahr. Es gibt von unserer Seite her keine Einwände betreffend der Rechnung und die darin enthaltenen Zahlen. Es gibt immer einige Punkte zu verbessern, aber die Hauptsache ist die, dass daran gearbeitet wird. Fritz Jenzer und der ganze Gemeinderat sehen diese Ziele und sie arbeiten dafür. In diesem Sinne spreche ich dem ganzen Gemeinderat und der Verwaltung ein grosses Lob zu. Trotz der Vorgaben vom Kanton werden uns immer wieder erfreuliche Rechnungen aufgezeigt. Ich hoffe, dass wir dies auch in Zukunft sehen werden. Ganz kurz möchte ich auf den Personalaufwand eingehen. Dieser ist maximal um 0.3% gestiegen, obschon eine Teuerung von 0.7% ausbezahlt worden ist. Zusätzlich fallen Kosten für die Schulleitungen über CHF 100'000.- an. Dass der Personalaufwand trotzdem nur um 0.3% gestiegen ist, finden wir sehr gut. Die SVP wird der Gemeinderechnung 2011 und den ausserordentlichen Abschreibungen zustimmen.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Ihr als Parlament, die Verwaltung und wir vom Gemeinderat sind an einer Optimierung des Finanzhaushalts stetig interessiert, da

hat Bruno Recht. Die Prognosen sind meistens schlecht, das stimmt, aber somit ist auch ersichtlich, dass im Jahr der Planung immer sehr viel passiert. Die angesprochene Halbkritik der ASK betreffend den Nachkrediten ist noch offen. Der Gemeinderat hat dies sehr ernst genommen und ich habe versucht, die Nachkredite zu zählen. Es ist also so, dass das Volumen um die Hälfte reduziert wurde. Es gibt zu bedenken, dass es Ende Jahr Konti gibt, welche einen Übertrag von CHF 200.- aufweisen. Prognostisch wird da ja kein Nachkreditgesuch gestellt. Es ist also nicht realistisch diese Nachkredite zu planen, denn oftmals sieht man erst bei der Rechnung die Überschreitung. Hier muss eine gute Balance gefunden werden zwischen den Nachkreditgesuchen im Gemeinderat und dem Gewähren der Nachkredite in der Rechnung. Ich finde, dass wir dem Optimumprinzip sehr nachgekommen sind. Ich bin sehr dankbar, wenn die ASK ebenfalls ein Auge darauf richtet. Es wurde gesagt, dass der Ertrag verkleinert wurde. Fairerweise muss gesagt werden, dass sich der Umsatz reduziert hat. Und wenn der Umsatz zurückgeht, dann sollte uns dies nicht zu sehr beschäftigen. Denn dies hat ja Gründe. Zum Beispiel bei Aufgabenverlagerungen von der Gemeinde an den Kanton. Ich beschäftige mich erst dann intensiv damit, wenn die Gemeinde mehr bezahlen muss. Aber dies ist im Moment nicht der Fall. Wenn die Spitex direkt durch den Kanton bezahlt wird, dann ist dies umsatzrelevant und somit nehmen der Aufwand sowie der Ertrag ab. Dies zeigt auf, wie die Aufgaben von Gemeinde an den Kanton verschoben worden sind. Wenn Sorge besteht betreffend der Mehrverschuldung, dann beruhigt mich dies. Ich bitte euch dies vor allem bei der Finanzplanung zu berücksichtigen. In der Planung werden enorme Investitionsvolumen sowie ein grosses Investitionsbudget bewirtschaftet. Der Cash-Flow wird aus diesem Grund nicht erhöht. Wenn durchschnittlich 4 Mio. Franken investiert werden und wir aber finden, dass Investitionen im Wert von 5 oder 6 Mio. Franken dringend sind, dann ist klar, dass dies kurzfristig zu einer Mehrverschuldung führt und langfristig wohl in einem Desaster endet. Das Parlament und der Gemeinderat waren dafür, dass wir in die Anlagen der Gemeinde investieren; zum Wohle der Bevölkerung. Diese Investitionen haben einen Wert über Generationen. Als Beispiel all die Rohre, welche für das Abwasser verlegt werden. Dies war das Argument, weshalb wir eine geringe Mehrverschuldung in Kauf nehmen. Ich bitte euch dies zu berücksichtigen, auch wenn dies in der Rechnung nicht so erläutert ist. Besten Dank für die positiven Rückmeldungen zur Gemeinderechnung 2011.

Kapitelweise Beratung

Es folgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a und d der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Zulasten der Laufenden Rechnung 2011 wird ein Nachkredit von CHF 1'080'327.48 für übrige Abschreibungen bewilligt.
2. Die Jahresrechnung 2011 mit einem Aufwand von CHF 47'195'026.06 und einem Ertrag von CHF 47'195'026.06, ergebend einen Aufwand-/Ertragsüberschuss von CHF 0.00, wird genehmigt.
3. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Liegenschaft Alte Bernstrasse 23, Rüfenacht; Kauf: Genehmigung, Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	7	2009/12-366	226	24/11/0

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Jörg Peter, GPK: Die Eigentümerin der Liegenschaft Alte Bernstrasse 23 in Rüfenacht möchte ihre Liegenschaft verkaufen. In der Botschaft ist das Grundstück mit gelber Farbe markiert. Die grünen Grundstücke gehören bereits der Gemeinde. Die Sicherung des Landes zur einer allfälligen Realisierung eines Ortszentrums von Rüfenacht und die Sicherstellung der nötigen Landreserven ist aus der Sicht der GPK genügend begründet. Die Verkäufer haben eine Verkehrswertschätzung erstellt. Die Höhe des Kaufpreises von CHF 545'000.- ist von einem Schätzer der Gemeinde als realistisch eingestuft und damit plausibilisiert worden. Für die Handänderungskosten ist ein Betrag von CHF 5'000.- vorgesehen. Zurzeit wird die Liegenschaft nicht mehr vermietet. Sie soll aber vermietet und damit soll ein Ertrag generiert werden (sofern nicht grössere Umbauarbeiten anfallen als geplant. Die Häuser generieren ja nicht immer nur Ertrag, sondern auch Aufwand). Die Finanzkommission hat das Geschäft geprüft und zustimmend behandelt. Im Finanzplan ist der Erwerb nicht enthalten, weil dieses Geschäft ausserordentlich an die Gemeinde zugetragen worden ist. Formell ist das Geschäft korrekt und die Kompetenzen wurden eingehalten. Aus diesem Grund beantragt euch die GPK den Verpflichtungskredit von CHF 550'000.- zulasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Es ist eine spezielle Situation, dass wir bei der Gemeinderechnung 2011 die ausserordentlichen Buchgewinne gesehen haben, als ausserordentlichen Ertrag, da wir Liegenschaften veräussert haben. Nun stehe ich wieder hier und werbe für den Kauf einer Liegenschaft. Die Ausgangslage wurde bereits treffend beschrieben. Die Eigentümerin der Liegenschaft kam auf die Gemeinde zu und hat ihre Liegenschaft zum Kauf angeboten. Seit Generationen haben wir ein Defizit, was die Zentrumsinfrastruktur von Rüfenacht betrifft. Ich habe einige Recherchen vorgenommen und seit 1970 gibt es immer wieder Leserbriefe und andere Anregungen, bei denen sich die Einwohner von Rüfenacht beklagen, dass das Dorf bezüglich Infrastrukturen zu schnell und zu wenig koordiniert gewachsen ist. Unter anderem besteht also seit über 20 Jahren ein Bedarf an einem Zentrum. Als das Kirchgemeindehaus gebaut wurde, veränderte sich dieser Aspekt. Der Unterschied der Infrastrukturen zwischen Worb und Rüfenacht wird immer wieder in den Zeitungen und auch im Grossen Gemeinderat diskutiert. Man kann sich nun fragen weshalb ich soweit aushole? Wir sind hier im Bereich der aktiven Bodenpolitik. Die aktive Bodenpolitik ist kein Selbstzweck. Die Ziele werden nicht von der Gemeinde Worb definiert, weil wir nichts anderes zu tun haben. Aktive Bodenpolitik heisst, dass das Thema Boden für den öffentlichen Nutzen eingesetzt wird. Als Voraussetzung muss eine Strategie vorhanden sein und eine Strategie haben wir. Wie gesagt, diese Strategie gibt es bereits seit Generationen. Der Grosse Gemeinderat hat im Jahre 1996 den Kauf der Parzelle Worb Nr. 1338 beschlossen. Es war ein muti-

ger Schritt dieses Stück Land zu kaufen. Ich kann mich nicht mehr an die Debatte erinnern, aber das Anliegen der Rüfenachter Bevölkerung war, dass ein Zentrum realisiert wird. Die ZPP gibt es seit rund 20 Jahren und sie ist bei der OP06+ als Massnahmenblatt beschrieben. Für diesen Zentrumsbereich gibt es also eine abgestützte Strategie. Deshalb haben wir im Gemeinderat vorgeschlagen, die Liegenschaft unter dem Titel aktive Bodenpolitik zu erwerben. Es gibt einige Gründe dafür. Nach unserer Ansicht ist der Kauf dieser Liegenschaft ein risikofreies Geschäft. Das Objekt kann zu einem angemessenen Preis gekauft werden. Eine Verkaufswertschätzung wurde durchgeführt und geprüft. Mit der Vermietung der Wohnungen können wir eine angemessene Rendite erzielen. Dies verbunden mit der Strategie der Zentrumsplanung von Rüfenacht. Ebenfalls muss das Umfeld dieses Kaufobjektes betrachtet werden. Wie ihr auf dem Plan sehen könnt, umfasst die ZPP ein weit grösseres Gebiet als wir besitzen. Es besteht die Absicht, in dieser ZPP ein Zentrum für Rüfenacht zu gestalten. In diesem Perimeter sind auch Liegenschaften enthalten, welche noch für private Zwecke benötigt werden. Mittelfristig haben wir aber eine gute Perspektive, weil wir einen dominanten Teil der Parzelle besitzen. Dies im Gegensatz zu vielen anderen Geschäften, bei welchen die Gemeinde kein Grundeigentum besitzt und da lediglich Ratschläge erteilen können, da wir kein Grundeigentum besitzen. Eine ZPP verlangt ja auch einen Wettbewerb und somit sind wir auch wieder involviert. Das Ganze muss natürlich auch auf der Zeitachse betrachtet werden. So wie im Jahr 1996 eine Parzelle gekauft wurde, so investieren wir heute. Jedoch mit dem Vorteil, dass wir bereits mittelfristig mit der Vermietung der Wohnungen einen Nutzen generieren können. Dies ist die Ausgangslage und da stellt sich natürlich sofort die Frage, ob die Gemeinde bereits mit den Betroffenen das Gespräch aufgenommen hat oder wann dies der Fall sein wird? Dies ist genau ein Teil und auch eine Herausforderung dieser Strategie. Wie wird mit der Nachbarschaft kommuniziert und wie kann man sie ins Boot holen? In diesem Zusammenhang hat die FDP mit brennenden Fragen die Öffentlichkeit geweckt. Diese Fragen wurden dem Gemeinderat wie auch den zuständigen Medien mitgeteilt. Es macht Sinn, wenn ich nun auf diese Fragen eingehe. Ich hole ein bisschen aus, da mir dieses Geschäft sehr wichtig erscheint. Neben dem, dass der Gemeinderat eine Strategie für das Zentrum verfolgt, hat die Gemeinde Worb eine Gemeindeentwicklungsstrategie. Dieses wurde im Grossen Gemeinderat mit einem parteiübergreifenden Vorstoss eingefordert. In der Gemeindeentwicklungsstrategie sind diverse Ziele enthalten, welche etwas zur Entwicklung von unseren Ortschaften aussagen. Zum Beispiel heisst es, dass die Gemeinde Worb innovative Bauvorhaben mit Modellcharakter fördert. Im Weiteren wird zum Städtebau vermerkt, dass eine klare, funktionelle Gliederung der Gemeindegebiete von allen Ortschaften eine qualitative Entfaltung ermöglicht. Neue Bauprojekte sollen von qualitativ hochstehenden gestalterischer Qualität sein. Der öffentliche Raum entspricht den Bedürfnissen der Bevölkerung und fördert die Integration des Zusammenlebens. Ebenfalls steht etwas Wichtiges zu Freizeit, Kultur und Sport: Die Gemeinde Worb verfügt über ein attraktives Angebot im Kultur-, Sport- und Freizeitbereich und unterstützt Angebote, Projekte, Vereine und Organisationen. Es gibt also eine ganze Reihe von Zielen, welche auch für das Dorf Rüfenacht gelten. Da die Gemeinde nur einen kleinen Anteil an Grundeigentum besitzt, ist es wichtig bei diesem Verfahren korrekt vorzugehen. Die FDP schreibt zu Recht, dass sich die Bevölkerung und die Vereine Sorgen machen um die Entwicklung des Kirchgemeindehauses. Vielleicht können wir mit diesem Geschäft auch diese Fragen beantworten. Frage 1 der FDP: „Wie will der Gemeinderat sicherstellen, dass Rüfenacht ein Zentrum erhält?“ Der Gemeinderat kann nicht alleine sicherstellen, dass Rüfenacht ein Zentrum erhält. Er kann mit klugen Vorgehen und Verfahren zur Realisierung beitragen. Die Rahmenbedingungen werden durch die Ortsplanung festgelegt. Ein Massnahmenblatt bestand und es steht eine neue Ortsplanungsrevision bevor. Die Rahmenbedingungen werden da wieder neu definiert. Eine neue Ausgangslage gibt es bereits, nämlich, dass das Restaurant Sonne leider niedergebrannt ist. Dort stellt sich ebenfalls die Frage, welche Nutzung realisiert werden soll? Vielleicht werden diese Komponenten auch verknüpft, vielleicht aber auch

nicht. Niemand hier drinnen weiss, was auf dem Areal des Restaurants Sonne realisiert wird. Wichtig ist, dass wir uns als Gemeinde alle Optionen sichern können und diese auch offen behalten. Im Rahmen der Aktualisierung der Ortsplanungsrevision kann die Gemeinde aktiv werden. Mit den anderen Grundeigentümern können Gespräche geführt werden, auch in Bezug auf die Anspruchsgruppen. Es muss eine Bedarfsabklärung stattfinden, gerade in Bezug auf die Kirchgemeinde. Es gibt eine Reihe von Bedürfnissen, welche formuliert worden sind und diese sind in Rüfenacht bereits ein Thema. Ob diese Bedürfnisse mit diesem Geschäft befriedigt werden können, wird das weitere Verfahren zeigen. Es ist zu erwähnen, falls der Gemeinderat abschliessend ein Zentrum sicherstellen möchte, dann müsste die Gemeinde Grundeigentümerin oder sehr vermögend sein. Wir sind aber beides nicht, aber wir können ideal Einfluss nehmen auf diesen Prozess. Der Prozess setzt voraus, dass wir eine vernünftige Organisation haben und diese besteht. Die betroffenen Departemente Finanzen, Planung und Präsidiales arbeiten eng zusammen und es ist klar, dass der Lead des Prozesses beim Departement Planung ist. Zweite Frage: „Wie will der Gemeinderat sicherstellen, dass in Rüfenacht weiterhin Versammlungslokale zur Verfügung stehen?“ Nun wird es noch komplizierter. Wenn wir betrachten, welche Infrastrukturen die Gemeinde in Rüfenacht besitzt, dann bestehen dort vor allem Schulräume. Die Schulraumplanung ist im Gang und die Bevölkerung wurde aufgefordert dazu Stellung zu nehmen. Zudem wird eine Bevölkerungsbefragung erfolgen. Aus dieser Schulraumplanung kann anschliessend aufgezeigt werden, was die Gemeinde anbieten kann. Zudem stellen sich die Fragen, was mit dem Kirchgemeindehaus passiert und was auf dem Areal des Restaurants Sonne entsteht? Was passiert mit der Ortsplanungsrevision? Was passiert, wenn ihr diesen Kauf von der Liegenschaft Alte Bernstrasse 23 genehmigt? Wir gehen vom Bedarf von unseren eigenen Infrastrukturen aus und beziehen diese mit ein und wollen so die besten Szenarien entwickeln. In jedem Fall kann ich jetzt schon sagen, dass die Gemeinde ja kein 3-Klang-Projekt in Rüfenacht ausprobieren will, wobei sich vielleicht bis Ende Jahr noch ganz Gutes in diesem Projekt entwickeln kann. Wenn wir die Realisierung der ZPP 12 in Erwägung ziehen, oder einen Teil von der ZPP 12, dann streben wir natürlich ein Engagement mit privaten Investoren an. Dritte Frage: „Wie will der Gemeinderat sicherstellen, dass auf dem „Sonne-Areal“ eine möglichst qualitätsvolle Überbauung realisiert wird?“ In der ZPP sind die groben Rahmenbedingungen festgehalten. Dort besteht reichlich Spielraum, gibt aber grundsätzliche Regeln vor. Wenn diese verbessert werden soll, dann kann dies mit einem Wettbewerb erreicht werden. Die architektonischen Ansprüche könnten besser definiert werden und somit eine hohe Qualität der Überbauung ermöglichen. Dieses Land gehört aber nicht uns. Somit führt der Weg über den Grundeigentümer. Das Departement Planung steht in Kontakt mit dem Grundeigentümer und der vorgesehene Weg wird zusammen diskutiert. Dies sind die Antworten zu den brennenden Fragen der FDP. Ich hoffe, dass ihr dieses Geschäft unterstützt und dass ihr dieser Strategie für die Entwicklung von Rüfenacht zustimmt. Somit könnte eine weitere Liegenschaft ins Portfolio aufgenommen werden und diese könnten wir verwalten und bewirtschaften.

Blumer Jacques, FDP: Zuerst möchten wir uns für diese Botschaft bedanken. Viele solcher Botschaften haben wir kritisiert, weil Pläne und Fotos darin fehlten. Diese Botschaft finde ich ausgezeichnet. Es ist ein offenes Geheimnis, dass wir von der FDP, wie auch die Planungskommission grosse Vorbehalte gegenüber dem Erwerb dieser Liegenschaft hatten. Weshalb? Die Gemeinde besitzt ja bereits die zwei grünen Flächen, welche in diesem Perimeter K12 ersichtlich sind. Ohne diese grünen Flächen kann dort nicht viel getan werden. Sprich wer in diesem Bereich ein Bauvorhaben hat, muss die Gemeinde heute schon mit einbeziehen. Die Parzelle 131, das Bauernhaus beim ehemaligen „Chegeleboum“ an der Hinderhusstrasse, ist sicherlich entscheidend, ob oder was passiert. Die Topographie an diesem Ort muss ebenfalls berücksichtigt werden, da dieses Stück Land nicht ganz flach ist. Bevor diese Parzelle frei ist, wird da wohl nicht sehr viel investiert. Jonathan

hat es bereits gesagt, es ist irgendwie paradox, wenn Liegenschaften verkauft werden und beinahe im gleichen Atemzug werden Liegenschaften erworben. Der Liegenschaftspreis ist zudem relativ stolz. Weshalb? Man muss sich vor Augen halten, dass diese Liegenschaft in einer Zentrumsüberbauung ist und dass dort eigentlich nur das Land Wert hat. Die Liegenschaft muss abgerissen werden und kann kein Teil einer Zentrumsüberbauung sein. Wenn man die Sanierungs- und allfälligen Abbruchkosten noch dazu rechnet, gibt das einen Quadratmeterpreis von diesem Land von mehr als CHF 1'000.-. Dies ist ein hoher Betrag in einem Zentrum. In der FDP fanden eingehende Diskussionen statt und wir sind zum Schluss gekommen, dass der Erwerb dieser Liegenschaft durchaus Sinn macht. Weshalb haben wir uns um entschieden? Die Parzelle 1005, die gelbe Parzelle, ist im K12 sehr strategisch gelegen. Sie ist in der Ecke von der Hinderhus- und der Bernstrasse platziert. Wenn die Gemeinde diese Liegenschaft nicht erwirbt, sondern ein privater Besitzer, dann kann dies eine Zentrumsüberbauung lange Zeit blockieren. Der Käufer wird somit stolzer Besitzer eines Hauses, saniert dieses und wird das Haus wohl nicht gerade sofort weiterverkaufen. Dazu kommt, dass die grüne Parzelle, welche die Gemeinde heute bereits besitzt, in sich fast nicht zu bebauen ist. Auf der einen Parzelle steht noch ein kleines Feuerwehmagazin. Durch den Kauf der gelben Parzelle werden die anderen zwei Parzellen sicherlich aufgewertet. Im Zusammenhang mit dem Bodenwert der gelben Parzelle, welches für diesen Ort zu hoch ist, und der grünen Parzelle, bei denen der Wert eher tiefer ist, kann die Gemeinde in Zukunft eine Mischrechnung erstellen. Somit sollte der Wert der gelben Parzelle ausgeglichen werden. Mit dem Einbringen dieser Parzellen in das K12 kann die Gemeinde sicherstellen, dass dort eine attraktive und gestalterisch hochstehende Zentrumsüberbauung entsteht, ohne dass die Gemeinde als Bauherr oder Investor auftritt. Es kann anschliessend geprüft werden, wie die Gemeinde die Nutzung in einer neuen Zentrumsüberbauung gestalten will. Deshalb befürworten wir heute den Kauf der Liegenschaft. Somit kann die Strategie weiterverfolgt werden, dass in Rüfenacht ein attraktives Zentrum entstehen wird. Der FDP ist es ein wichtiges Anliegen, dass ein solches Zentrum entstehen kann und deshalb stimmen wir dem vorliegenden Antrag zu.

Seematter Adolf, EDU: Die EDU wird dem Erwerb und dem Verpflichtungskredit von CHF 550'000.- zustimmen. Beim Betrachten des Planungsausschnittes wird klar, dass es Sinn macht die Parzellen zusammenzulegen, da die einzelnen Parzellen so verzettelt sind. Mit dem Kauf der Liegenschaft schafft sich die Gemeinde gute Rahmenbedingungen für eine Überbauung mit verdichtetem Bauen. Von einer Zentrumsüberbauung unter der Leitung von der Gemeinde Worb, empfehlen wir abzusehen. Die negativen Erfahrungen beim Projekt Hofmatt sollten eine Lehre sein. In der Kostenübersicht ist eine Nettorendite von knapp 4.7% aufgeführt. Es wird kein zeitlicher Druck für eine Überbauung entstehen. Beim Erwerb dieser Liegenschaft besteht somit kein finanzielles Risiko für die Gemeinde Worb. Aufgrund dieser Ausgangslage stimmen wir dem Kredit zu. Wir begrüssen auch die Absicht der Gemeinde, in der neuen Ortsplanung die Parzelle, auf der das Restaurant Sonne stand, mit einzubeziehen, ganzheitlich, schwerpunktmässig und prioritär zu behandeln.

Gfeller Paul, SVP: Die SVP hatte am Anfang Mühe mit diesem Geschäft. Dies aus den bekannten Gründen. Es ist eine hohe Investition und zudem machte mir die ganze Thematik mit dem Ortszentrum Rüfenacht Mühe. Seit vielen Jahren wird davon gesprochen, dass in Rüfenacht ein Zentrum entstehen wird. Infolge des tragischen Brandes des Restaurants Sonne gibt es in dieser Thematik doch einen kleinen Silberstreifen am Horizont. Wir denken aber, dass es auf der angesprochenen Parzelle schwierig ist, ein Zentrum zu erbauen und das Zentrum wird ja wahrscheinlich auch nicht vor dem Jahr 2030 entstehen bzw. fertiggestellt sein. Zudem ist fragwürdig, ob die Zone K12 jemals erworben werden kann. Es macht Sinn, dass diese Liegenschaft von der Gemeinde gekauft wird, da

die Gemeinde ja nebenan schon Land besitzt. Und mit der Vermietung der Wohnungen sollte ja noch eine Rendite entstehen. Die SVP stimmt diesem Kreditantrag zu.

Fröhlich-Zysset Binia, SP: Vor lauter brennenden Fragen ist die Standard-Sprache fast vergessen gegangen. Die SP-Fraktion steht zu Rüfenacht, seiner Entwicklung und zu den berechtigten Bedürfnissen einer Zentrumsplanung. Vor zwei Monaten haben wir hier im Parlament die Motion „Zukunft Rüfenacht“ eingereicht, mit der wir erwirken möchten, dass der Gemeinderat Einfluss nimmt auf die Planung bezüglich Sonnenareal und dabei parallel die angrenzende Kernzone K12 im Auge behält. Das zeigt, dass die jetzt vorgelegten Fragen der FDP auch uns seit längerem brennen. Wir sind aber nicht der Meinung, dass der Landkauf nur getätigt werden soll, wenn das „Wie“ bezüglich Zentrumsplanung schon klar ist. Nun freuen wir uns, dass es möglich ist, den Landanteil der Gemeinde in der Kernzone 12 mit dem Kauf der Liegenschaft zu erweitern. Der beabsichtigte Kauf ist ein Schritt, der zukunftsorientiertes Denken manifestiert. Die Erklärung des Gemeinderates im vorliegenden Papier verspricht, dass die Zentrumsplanung Rüfenachts koordiniert und zielgerichtet angegangen werden soll. Uns gefällt vor allem der Satz, den ich aus Seite drei der Botschaft zum Geschäft zitiere: „Der Gemeinderat beabsichtigt, die Planung des zentralen Raumes in Rüfenacht im Rahmen der neu zu erarbeitenden Ortsplanung schwerpunktmässig und prioritär zu behandeln“. Der Kauf der Liegenschaft ist also ein strategisches Geschäft und finanziell mit einer Nettorendite von fast 4,7% verantwortbar. Wir finden das Geschäft sinnvoll, denn damit können längerfristig die Bedürfnisse der Rüfenachter nach einem Zentrum befriedigt werden. Wir werden den Kredit bewilligen. Rüfenacht wird es euch danken, wenn ihr es auch tut.

Suter Harry, EVP: Die Parzelle ergänzt vorzüglich das schon vorhandene Stück Land der Gemeinde Worb. Die Parzelle liegt zusammen mit den umliegenden Parzellen in einer Zone mit Planungspflicht, die für die Realisierung einer zentrumsgerechten Überbauung vorgesehen ist. Die Wohnungen in der Liegenschaft können vermietet werden. Die Investitionen stehen in einem guten Verhältnis zu möglichen Risiken. Die EVP begrüsst die aktive Bodenpolitik durch die Gemeinde und unterstützt den vorliegenden Antrag.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Für den Kauf der Liegenschaft Alte Bernstrasse 23 in Rüfenacht wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 240.503.14, „Liegenschaft Alte Bernstrasse 23“, ein Verpflichtungskredit von 550'000 Franken bewilligt.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Postulat FDP-Fraktion betreffend Aktive Bodenpolitik im Bereich Worboden Süd (N9)

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	8	2009/12-367	366	21/46/0

Blumer Jacques, FDP: Ich habe nicht gewusst, dass neu Standartsprache eingeführt wurde im GGR. Ihr habt das Postulat sicherlich gelesen. Wir versuchten es relativ ausführlich mit einem Plan zu machen. Ich werde nicht speziell darauf eingehen. Das Thema ist sicherlich die innere Verdichtung, ein grosses Schlagwort, welches im Kampf gegen die letzte OP06+ überall gefallen ist. Wir haben gehört, dass die Bevölkerung von Worb seit 2008 abnimmt. Das hat natürlich einen Zusammenhang mit dem Steuerertrag. Der Worboden, das N9 ist an der besten Lage Worboden Süd, an der besten Lage in Worb. Absolut ausgezeichnet für Wohnungen. Es verfügt über eine rechtskräftige Überbauungsordnung, also es ist nicht abhängig von der Ortsplanungsrevision, auch nicht von einer neuen. Die Umsetzung ist abhängig von der Umfahrung, die jetzt angefangen wurde, wobei der Wohnteil sofort in Angriff genommen werden könnte. Mit diesem Postulat, welches ihr hoffentlich unterstützt, bitten wir den Gemeinderat, alle Mittel zu prüfen, dass dort eine rasche Entwicklung und eine Umsetzung möglich ist. Alles Förderliche sollte in die Wege geleitet werden, sei das auch allenfalls mit einer aktiven Bodenpolitik. In diesem Sinn bittet die FDP, dass ihr dieses Postulat unterstützt und dieses als erheblich erklärt.

Gemeinderat Gimmel Jonathan, Departementsvorsteher Finanzen: Nun hätte ich viel Text zum Ablesen, da ist Standartsprache praktisch. Gerne beantworte ich diesen Vorstoss der FDP. Ich möchte vorausschicken, dass ich mich voll und ganz mit Finanzen befasse. Die aktive Bodenpolitik ist ein Instrument, welches übergeordneten Zielen nützt. Zum Beispiel der Planung oder der Gemeindeentwicklung, ergo fasse ich die Antwort im planerischen Bereich kurz, weil das nicht mein Kerngeschäft ist, dies ist das Kerngeschäft des Departements Planung. Ihr seht die Überbauungsordnung, welche vorhin angesprochen worden ist, ZPP N9 Worboden Süd. Diese besteht aus verschiedenen Baufeldern und angesprochen sind im Vorstoss die verschiedenen Verwendungszwecke, deshalb muss ich kurz darauf eingehen. Ich habe das auch angeschrieben, beispielsweise das Feld A ist im heutigen Zustand reserviert für Arbeiten und B für gemischt. Interessante Teile sind vor allem C und D, welche absichtlich für den Bereich Wohnen ausgestaltet sind und diese könnten auch rasch realisiert werden. Das Problem ist die Verkehrssanierung. Solange die Verkehrssanierung nicht realisiert werden kann, lassen sich die hinteren Gebiete kaum erschliessen. Entsprechend wurde bei der mehrmaligen Überarbeitung der ÜO darauf geachtet, dass ein erster Teil möglichst rasch realisiert werden kann. Wir wissen, dass Worb schrumpft und Worb hat einen extrem tiefen Leerwohnungsbestand. Dieser ist halb so hoch wie in der Stadt Bern. Ergo das Anliegen der FDP, diesen Prozess zu beschleunigen unter anderem mit der Frage, wäre dies mit der aktiven Bodenpolitik möglich? Dazu äussere ich mich nun gerne. Wenn wir die heutige Situation als Ausgangslage betrachten. Heute klassisch, Standortpromotion bedingt durch die Tatsache, dass sich alle Grundstücke des Gebiets in Privatbesitz befinden, lassen die klassischen Möglichkeiten der Gemeinde bezüglich Umsetzungshorizont nur eine eingeschränkte Einflussnahme zu. So steht die Gemeinde bereits heute regelmässig in Kontakt mit den Grundeigentümern zum Beispiel im Rahmen der jährlich stattfindenden Controllinggespräche zum gesamten ESP. Auch ist die Standortpromotion aktiv durch den Wirtschaftsraum Bern, welcher das auf seiner Webseite führt. Zudem gibt es auf der Webseite der

Gemeinde eine Dokumentation zum gesamten ESP, wo auch diese Parzellen beschrieben sind. Insofern werden die klassischen Mittel aktiv genutzt und wird vom Departementsvorsteher Präsidiales, Niklaus Gfeller, betreut. Kontinuität ist also auch in diesem Bereich vorhanden. Es stellt sich die Frage, ob eine aktive Bodenpolitik denkbar ist? Deshalb sollte noch einmal definiert werden, was aktive Bodenpolitik überhaupt bedeutet. Unter der aktiven Bodenpolitik fällt aus unserer Sicht das vorausschauende Planen des eigenen Landbedarfs, welches für die Entwicklung der Gemeinde und für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben nötig ist. Zudem die Beobachtung des Liegenschaftsmarktes und das rechtzeitige Agieren um Grundstücke zu sichern, der Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken aus dem Finanzvermögen, der Abtausch oder die Abgabe im Baurecht und die Förderung von alternativen Nutzungsformen zum Beispiel genossenschaftlicher Wohnungsbau. Die aktive Bodenpolitik folgt den Entwicklungszielen der Gemeinde und steht im Einklang mit der Ortsplanung. Selbstverständlich beeinflussen sie sich gegenseitig, indem Ein- und Umzonung von Landflächen sowie die Abschöpfung von Planungsmehrwerten geplant und realisiert werden. Fazit: Das Gebiet der ÜO zur ZPP N9 ist für die Entwicklung der Einwohnergemeinde im Bereich des Dorfes Worb von grosser Wichtigkeit, da stimmt der Gemeinderat mit den Postulanten überein. Im Rahmen der neuen Ortsplanung werden die Entwicklungsziele der Gemeinde überarbeitet, gestützt auf diese und das räumliche Entwicklungskonzept wird der Gemeinderat im Anschluss die Prioritäten für seine Massnahmen festlegen. Gegebenenfalls lassen sich die Instrumente der Standortpromotion und der aktiven Bodenpolitik in einem klugen Verfahren im Einklang mit den Investoren kombinieren ohne die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen und die genannten Prioritäten. Aufgrund einer künftig rechtsgültigen Ortsplanung für die Gemeinde Worb sind die Voraussetzungen dazu aber noch nicht gegeben. Konkret heisst dies, dass die Instrumente mit Geld und Prioritäten aus den Zielsetzungen der aktiven Bodenpolitik verbunden sind, fehlt im Moment beides. Nämlich die finanziellen Voraussetzungen sowie die Prioritätenliste nach Überarbeitung der Zielsetzungen zum Thema Gemeindeentwicklung. Der Gemeinderat ist aber davon überzeugt, dass dieser Vorstoss ein richtiger und wichtiger Schritt sein kann, um in diesem Perimeter vorwärts zu kommen. Er beantragt deshalb eine Erheblicherklärung des Vorstosses.

Federer Guido, SP: Jonathan Gimmel hat vieles schon erläutert. Die bestehende Überbauungsordnung N9 sieht vor allem Arbeits- und Dienstleistungsnutzungen und nur in einem geringen Masse Wohnnutzung vor. Unserer Ansicht nach sind diese Ziele im Rahmen der neuen Ortsplanung zu überprüfen. Aus heutiger Sicht wäre eine ausgewogenere Mischung zwischen von Wohn- und Arbeitsnutzung anzustreben, um das Bevölkerungswachstum in Worb wieder anzuregen. Erst nach der Ortplanungsrevision kann definiert werden, welches die adäquaten Mittel für die Realisierung der vorgegebenen Ziele sind. In diesem Zusammenhang ist neben einer aktiven Bodenpolitik vor allem ein aktives Ortmarketing zu nennen. Dies wurde heute Abend auch schon beim Verwaltungsbericht erwähnt. Wir begrüssen die Forderung nach einer aktiven Bodenpolitik. Insbesondere, dass die Gemeinde strategisch wichtige Grundstücke erwirbt. Aus unserer Sicht war die Alte Bernstrasse ein gelungenes Beispiel einer aktiven Bodenpolitik. Der Erwerb der Liegenschaft an der Alten Bernstrasse war ein gelungenes Beispiel für aktive Bodenpolitik. Wir denken aufgrund der geringen finanziellen Möglichkeiten, dass auch in diesem Bereich die Möglichkeiten in der Gemeinde sehr beschränkt sind und darum die aktive Bodenpolitik vielleicht nicht so zum Tragen kommen kann. Hier müssten andere Mittel zum Beispiel Landabtausch oder die Abgabe von Land im Baurecht ausgenützt werden. Dazu muss die aktive Bodenpolitik über die gesamte Gemeinde angestrebt werden. Wir begrüssen die aktive Bodenpolitik, regen aber an, in einem diesbezüglichen Konzept auch die Wirtschaftsförderung einzubeziehen. In diesem Sinn stimmen wir dem Postulat zu.

Beschluss:

Das Postulat der FDP-Fraktion betreffend Aktive Bodenpolitik im Bereich Worboden Süd (N9) wird mit 36 zu 1 Stimmen als erheblich erklärt.

Postulat der SVP-Fraktion betreffend Erhaltung des Bauernhauses Hinderhus in Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	9	2009/12-368	477	31/0/1

Gfeller Paul, SVP: Was soll ich sagen? Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Ich könnte jetzt dieses Postulat zerreißen, auf den Boden werfen, einen Papierflieger machen und ihn durch den Saal werfen. Dieses Papier ist wertlos. Es ist schade, dass wir hier einen so vorsintflutlichen Hellraumprojektor haben. Wenn mir ein Beamer und einen Laptop zur Verfügung stehen würde, dann hätte ich euch gerne Bilder gezeigt, wie das 1719 erstellte Bauernhaus ausgesehen hat und wie es dort heute aussieht. Ich könnte eine Trauerminute anordnen und diese Sitzung noch verlängern, aber es ist ja schon spät. Ich verzichte darauf, aber ich möchte trotzdem noch etwas zu dem Postulat sagen. Dieser Abbruch ist schnell von statten gegangen. Wenn der Gemeinderat immer so effizient arbeiten würde wie im Fall Hinderhus, dann würden die Autos bereits über die Umfahrung fahren. Das Geld vom Verkauf des Schulhauses Wattenwil hätte man schon längst investiert. Das Festzelt vom Dorffest hätte man nicht stellen können, weil die Leute auf den Balkonen des 3-Klangs sässen. Ich könnte noch weitere Beispiele aufzählen. Der Abbruch des Hinderhauses hätte nicht sein müssen. Aber der Gemeinderat hat sicher bewusst verschlafen innert drei Monaten nach Einreichen von diesem Abbruchbegehren des Hinderhauses, es mit einer Planungszone zu belegen. Der absolute Höhepunkt des Gemeinderates ist aber noch nicht erwähnt. Dies war die Medienmitteilung vom 12. April 2012. Offenbar ist der Gemeinderat vergesslich. Könnt ihr euch an die Botschaft von der OP06+ erinnern? Falls ihr es vergessen habt, zeige ich es euch auf. Eine schöne Broschüre wurde verteilt und ich lese auch daraus vor: Rüfenacht. Wohnqualität für alle Generationen und ich zitiere: „Westlich der Längimoosstrasse und im Bereich Hinderhaus soll eine Bebauung ermöglicht werden, das Gebiet Hinderhaus ist für Wohnen (Miet- oder Eigentum) geeignet und gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen.“ Nun kommt der Höhepunkt: „Die Hofgruppe wird erhalten und verbleibt in der Landwirtschaftszone.“ Ich lese nicht die ganze Medienmitteilung vor, sondern nur das Wesentliche. „Die im Rahmen der Baubewilligung befragten Fachstellen sind beide zum Schluss gekommen, dass die Gebäude nicht zum Ortsbild von Rüfenacht gehören und auch nicht schützwürdig sind. Der geforderte Wohnnutzungsausbau wäre somit nur möglich, wenn sich die Gebäude in der Bauzone befinden. Dies ist von der Bevölkerung im Rahmen der Ortsplanungsrevisi-on OP06+ aber abgelehnt worden. Es gibt somit keine planungs- und baurechtlichen Gründe um die rechtskräftige Baubewilligung als ungültig zu erklären.“ In der OP06+, wenn sie angenommen worden wäre, wollte man diese Hofgruppe in der Landwirtschaftszone erhalten. Der Gemeinderat macht nun die Gegner der Ortsplanung für den Abriss des Hauses verantwortlich. Dies ist ein Schlag unter der Gürtellinie, anders kann ich es nicht ausdrücken. Der Gemeinderat hat in diesem Geschäft sehr schwach agiert und ich ziehe ein Fazit: In den Medienmitteilungen wurden Unwahrheiten erzählt. In Rüfenacht versteht man dies nicht. Niemand kann dies verstehen. Bis heute hat mir noch niemand gesagt, dass es gut sei, dass das Bauernhaus abgerissen worden ist. Nein im Gegenteil: Alle fragen sich, weshalb dieses Haus abgerissen wurde. Dieser Abriss wäre nicht nötig

gewesen. Ich schaue das Kaufgeschäft der Liegenschaft Alte Bernstrasse 23 als Bonus an, welches der Gemeinderat Rüfenacht gibt. So will man den Einwohnern in Rüfenacht ein Zentrum in Aussicht stellen, welches in einigen Jahren realisiert werden kann. Der Gemeinderat hat wohl noch immer nicht verdaut, dass die OP06+ abgelehnt worden ist. Zum Glück ist diese Ortsplanungsrevision abgelehnt worden. Ich möchte noch einmal erwähnen, dass die SVP nicht gegen eine Ortsplanungsrevision war, aber wir haben einen guten Antrag gestellt. Wenn dieser im Parlament damals Zustimmung gehabt hätte, dann würde nun einiges anders aussehen. Zum Schluss kann ich euch noch sagen: Fruchtfolgefleichen und Kulturland ist in weiten Kreisen der Schweiz ein aktuelles Thema, auch in der Gemeinde Worb. Ich sage nun nichts mehr zu diesem traurigen Kapitel.

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Planung: Es geht um das dringliche Postulat, welches die SVP-Fraktion am 19. März 2012 eingereicht hat. Am gleichen Tag wurde dieses Postulat vom Grossen Gemeinderat als dringlich erklärt. Der Inhalt dieses Postulates sollte bekannt sein. Ich möchte darlegen, wie die Geschichte vor sich gegangen ist. Am 6. Dezember 2011 haben die Miteigentümer des Gehöfts Hinderhaus ein Baugesuch eingereicht, damit die Gebäude mit den Nummern 21, 21 A, 23, 23 B und den Silobau abgerissen werden darf. Die befestigten und bekiessten Flächen und Wege sollten zurückgebaut und rekultiviert werden. Die Miteigentümer haben ihr Gesuch mit dem stark baufälligen Zustand des Gebäudes begründet. Während der Auflagefrist sind insgesamt acht Einsprachen eingegangen. Alle haben sich auf die Schutzwürdigkeit des Gehöfts bezogen und haben den Erhalt von dem Hof gefordert. Die Bauabteilung, welche für das Bewilligungsverfahren zuständig ist, hat dieses Bewilligungsverfahren durchgeführt und hat bereits in dieser Phase die Schutzwürdigkeit von den beiden zuständigen Stellen abklären lassen. Die zuständigen Stellen sind die kantonale Deckmalpflege und andererseits auf der Gemeindeebene die Planungskommission. Diese nimmt ihren Auftrag wahr, indem sie für Schutz und Gestaltung zuständig ist. Die kantonale Denkmalpflege hat sich zweimal zu diesem Bauvorhaben geäussert. Einmal während des Auflageverfahrens und einmal kurz vor Erteilung der Baubewilligung. Die erste Äusserung war am 5. Januar 2012, die zweite am 3. Februar 2012. Die Denkmalpflege ist zum Schluss gekommen, dass keine gesetzlichen Rahmenbedingungen bestehen, wie zum Beispiel zusätzliche Erkenntnis über die Hofgruppe, welche eine Veränderung gegenüber der Zeit erbracht haben. 2003 ist das kantonale Bauinventar erstellt worden, seither hat es für die Denkmalpflege keine neuen Erkenntnisse ergeben und sie hat keine Veranlassung gehabt auf den Bericht von damals zurück zu kommen. Die Planungskommission hat an ihrer Sitzung vom 18. Januar 2012 die örtliche Situation der Hofgruppe als ansprechend qualifiziert. Aufgrund von der Güterabwägung und gestützt auf das kantonale Bauinventar, ist auch die Planungskommission zum Schluss gekommen, dass der Erhalt des Gehöfts als nicht genügend beurteilt wird. Es wurde erwähnt, dass der Gemeinderat innert drei Monaten nach Kenntnisnahme des Bauvorhabens eine Planungszone erlassen kann. Dies muss nicht zwingend das Baugesuch sein. Am 6. Dezember 2011 ist das Baugesuch eingegangen, am 6. März 2012 ist die Frist für die Planungszone abgelaufen. Die Planungskommission hat während dieser Frist getagt. Sie ist am 18. Januar 2012 zum Schluss gekommen, dass diese Hofgruppe nicht genug schützenswürdig ist und hat aus diesem Grund dem Gemeinderat keinen Antrag auf Planungszone gestellt. Grundsätzlich müssen die Bauvorhaben bewilligt werden, wenn sie den bau- und planungsrechtlichen und für die Baubewilligung massgebenden Vorschriften entsprechen, die öffentliche Ordnung nicht gefährden und wenn kein Hindernis der Planung im Sinn von Art. 62 des Baugesetzes entgegensteht. Das Baugesuch hat sämtliche Voraussetzungen erfüllt. Darum hat die Bewilligungsbehörde die Einsprachen abgelehnt und hat am 17. Februar 2012 die Bewilligung zum Abbruch erteilt. In der Rechtsmittelbelehrung ist den Einsprechern eröffnet worden, dass sie gegen diesen Entscheid der Bauabteilung innert 30 Tagen bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion Beschwerde einreichen können. Von dieser Möglichkeit hat niemand Gebrauch

gemacht. Die Baubewilligung ist damit rechtsgültig. Das heisst seit dem 17. Februar 2012, als die Baubewilligung erteilt wurde, konnte die Gemeinde ihren Entscheid nicht mehr ändern. Die einzigen, die diesen Entscheid noch beeinflussen hätten können, wären die Einsprechenden gewesen oder die Eigentümer, falls sie auf den Abbruch verzichtet hätten. Das Postulat der SVP wurde am 19. März 2012 eingereicht, also rund einen Monat nachdem der Entscheid auf kommunaler Stufe gefallen ist. Ich möchte noch einmal erwähnen, dass im Rahmen der Bewilligung die Schutzwürdigkeit mit den beiden Fachstellen geklärt worden ist. Es sind beide Fachstellen zum Schluss gekommen, dass dieses Gehöft nicht schutzwürdig ist. Der Vorstoss hat gefordert, ein Wohnnutzungsrecht zu errichten. Wohnnutzung ist aber nur möglich, wenn ein Gebäude in der Wohnzone ist. Im Richtplan zur Ortsplanung ist dieser Bereich als Einzonungskandidat vorgesehen gewesen. Das ist die Zone S1 13. Im Richtplan war sie als Einzonung enthalten. Ein Richtplan ist behördenverbindlich. Das heisst, wenn die OP06+ angenommen wäre, dann hätte die Gemeinde eine Handhebung gehabt. Es geht hier nicht um Schuldzuweisung, um Verarbeitung oder Nicht-Verarbeitung. Diese Vorwürfe sind mindestens derart unter der Gürtellinie wie deine Empfindungen, Paul Gfeller. Die Bewilligungsbehörde hat auch keine planungs- und baurechtlichen Gründe gehabt, diese Baubewilligung welche rechtsgültig war, als ungültig zu erklären. Mit dem Richtplan wäre dies möglich gewesen. Trotzdem waren wir bemüht, den Forderungen der Postulanten nachzukommen. Die Planungskommission hat dieses Geschäft in der Sitzung von anfangs April 2012 noch einmal diskutiert. Die Planungskommission ist auch an dieser Sitzung zum Schluss gekommen, dass ihr Entscheid korrekt gewesen ist und die Kommission hat an ihrem Entscheid festgehalten. Die Gemeinde ist auch der Forderung nachgekommen, ein Gespräch mit den Eigentümern zu suchen. Am 4. April 2012 wurde ein Gespräch mit den Departementsvorstehern Planung und Bau (Niklaus Gfeller und Ernst Hauser) und den Miteigentümern stattgefunden. Unter Abwägung aller Aspekte, aufgrund der gefährlichen Situation des Gebäudes und des Unfallrisikos, hat sich die Miteigentümerschaft für den Abbruch entschieden und diesen umgehend zu vollziehen. Da inzwischen der Abbruch vollzogen ist, beantragen wir euch diesen Vorstoss als erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Beschluss:

Das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Erhaltung des Bauernhauses Hinderhus in Rüfenacht als wird mit 22 zu 7 Stimmen bei 6 Enthaltungen als erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Umgestaltung Anschluss Muri

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	10	2009/12-369	483	31/6/0

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Planung: Ich gehe davon aus, dass ihr die Anfrage kennt und ich nicht weiter auf den Einstieg eingehen muss. Am 8. März 2012 ist die Bauabteilung erstmals via Worber Gwärb vom geplanten Projekt in Kenntnis gesetzt worden. Vorher war die Gemeinde nicht informiert. Umgehend wurde mit den zuständigen Behörden der Gemeinde Muri, mit dem OIK II und mit dem ASTRA Kontakt aufgenommen, damit die Gemeinde Worb Informationen erhält. Die erste Information erhielten wir bezüglich Planaufgaben. Diese werden wir

im 2. Semester 2012 erhalten. Somit besteht also noch kein Zeitdruck. Um was geht es hier? Das ASTRA beabsichtigt eine Rampendosierung für die Einfahrt T10 A6 zu gestalten, analog der Bau-phase im Forsthaus und im Neufeld. Dies soll beim Autobahnzubringer in Muri und bei der Auf-fahrt Rubigen geschehen. Die Behörden der betroffenen Gemeinden wurden anlässlich einer Sit-zung am 5. April 2012 vom ASTRA erstmals grob informiert. Die Gemeindevertreter haben an dieser Sitzung das Unbehangen der Erschliessung der Neufeldstrasse deponiert. Ich möchte nun auf die konkreten Fragen eingehen. Frage 1: „Hat sich der Gemeinderat zum vorliegenden Projekt ver-lauten lassen?“ Der Gemeinderat hat sich, wie erwähnt, zum vorliegenden Projekt informieren las-sen. In der Zwischenzeit haben wir Kontakt mit den Behörden aufgenommen, dass zu gegebener Zeit (ab Mitte September 2012) eine ausgereifte Mitwirkung möglich ist. Es sind diverse Projekt am laufen. Das eine ist das Projekt des ASTRA, welches die Rampendosierung beinhaltet. Die Planauf-lange wird Ende 2012 sein. Zudem gibt es wahrscheinlich kantonale Projekte, welche im Jahr 2013 anfallen werden. Frage 2: „Wie beurteilt der Gemeinderat die Folgen des zu erwartenden Mehrver-kehrs auf dem Teilstück T10 für Worb?“ Der Gemeinderat teilt die Beurteilung der FDP-Fraktion. Die geplanten Massnahmen, insbesondere die Sperrung der Feldstrasse, wird eine massive Mehrbe-lastung auf dem Autobahnzubringer erwirken. Es ist eben nicht die Tannackerstrasse, wie in der Anfrage geschrieben, sondern die Feldstrasse. Davon ist auch der Scheyenholz-Kreisel betroffen. Das OIK II hat dieses Problem ebenfalls erkannt und wird umgehend Aufträge zur Prüfung über den Ausbau des Kreisels in Gang setzen. Die Gemeinde Worb wird sich im Rahmen dieser Prüfung einbringen und dabei ihre Interessen nachdrücklich vertreten. Letzte Woche hat die Gemeinde ein Schreiben des Kantons erhalten. Darin ist ersichtlich, dass eine Begleitgruppe den Prozess begleitet. Die Gemeinde Worb kann mit zwei Personen in dieser Begleitgruppe tätig sein. Ebenfalls wird in der Gemeinde Muri eine Begleitgruppe erstellt. Diese Begleitgruppe wird sich vor allem um die kommunalen Massnahmen kümmern, die sich aus der Schliessung der Feldstrasse ergeben. Auch da kann die Gemeinde Worb mit zwei Sitzen vertreten sein. Wir werden dieses Angebot in Anspruch nehmen und die Gemeinde Muri unterstützen und da können wir sicherlich auch von Informationen profitieren. Frage 3: „Ist der Gemeinderat bereit, zusammen mit Muri gegen die Schliessung der Tannacker bzw. Feldstrasse vorzugehen?“ Grundsätzlich mischt sich der Gemeinderat nicht in die Angelegenheiten von anderen Gemeinden ein. Aufgrund des engen Kontaktes mit der Gemeinde Muri, und da die Gemeinde Worb auch in der Begleitgruppe vertreten sein wird, werden die Syner-gien genutzt und wir werden die Gemeinde Muri sicherlich unterstützen.

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Verkehrssanie- rung Worb - Projektelement Umgestaltung Dorfzentrum

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	11	2009/12-370	546	31/6/1

„Als letzte Etappe der Verkehrssanierung Worb soll, wenn der Verkehr bereits über die neue Um-fahrungsstrasse rollt, ab 2017 die Bern- und Bahnhofstrasse im Zentrum umgestaltet werden. Sie werden zu Tempo-30-Zonen und während den Pendlerzeiten sowie an Sonn- und Feiertagen für den Durchgangsverkehr gesperrt. Zudem sind Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr vorgesehen. Im Zusammenhang mit dieser Umgestaltung stellen wir dem Gemeinderat nachfolgende Fragen:

1. Ist für die Planung der Kanton oder die Gemeinde zuständig? Wenn beide: Wer hat den Lead und wer ist die Schnittstelle zum Kanton? Funktioniert die Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinde zufriedenstellend?
2. Werden die Wünsche und Anforderungen der Gewerbebetriebe an der Bern- und Bahnhofstrasse in der Planung berücksichtigt? Wurden oder werden sämtliche betroffenen Betriebe über deren Anliegen und Wünsche befragt? Wenn ja, wird dies im Planungsprozess ernst genommen und entsprechend gewürdigt?
3. Was wird unternommen, dass die Attraktivität der noch bestehenden Geschäfte/Restaurants keine Einbusse erleidet, resp. deren Attraktivität gesteigert werden kann?
4. Werden für die Umgestaltung zusätzliche Flächen von privaten Grundeigentümern in Anspruch genommen, resp. sind Kaufe von Grundeigentum nötig, oder wird dies mit Abtausch von Flächen geregelt? Haben diesbezüglich bereits Gespräche stattgefunden oder sind bereits entsprechende Verträge abgeschlossen worden?
5. Werden durch die Umgestaltung bestehende Parkplätze aufgehoben und nicht mehr ersetzt oder sind allenfalls zusätzliche Parkplätze geplant?
6. Wie sieht die partielle Sperrung für den Durchgangsverkehr konkret aus, d.h. zeitlich und mit welchen Massnahmen (Poller oder nur Signalisation)? Ist die Zu- resp. Durchfahrt bei Notfällen für Ambulanz, Feuerwehr und Polizei jederzeit gewährleistet?
7. Wie weit ist die Planung fortgeschritten? Inwiefern kann noch Einfluss auf die Planung genommen werden?“

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Kirchgemeindehaus Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	12	2009/12-371	547	10/27

„In den letzten Wochen war aus der Presse zu erfahren, dass die Zukunft des Kirchgemeindehauses in Rüfenacht ungewiss und mit etlichen Problemen behaftet ist. In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Fragen:

1. Hat der Gemeinderat von diesen Problemen Kenntnis?
2. Haben bereits Gespräche zwischen dem Gemeinderat und dem Kirchgemeinderat stattgefunden? Kann die Gemeinde kurzfristig Hilfe zur Lösung des Problems anbieten oder sind allenfalls bereits Wünsche oder Forderungen der Kirchgemeinde zu Handen des Gemeinderates eingegangen? Wurden bereits irgendwelche Absichtserklärungen gemacht?
3. Wie wichtig erscheint dem Gemeinderat die Erhaltung des Kirchgemeindehauses in Rüfenacht? Ist sich dieser über die Wichtigkeit dieses Treffpunktes in Rüfenacht bewusst? Würde der Gemeinderat die Konsequenzen bei einem allfälligen Wegfall ohne weiteres in Kauf nehmen?
4. Was sind die Absichten des Gemeinderates in dieser Sache zu unternehmen?“

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Familienpass für den Wislenpark

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	13	2009/12-372	548	41/82

„An der GGR Sitzung vom 14. November 2011 wurde das SP-Postulat mit dem Titel „Attraktiver Familienpass für den Wislenpark“ als erheblich erklärt, Der Gemeinderat äusserte sich dahingehend dazu, dass es sich lohne, eine allfällige Vergünstigung für Familien zu prüfen. Wir stellen jedoch fest, dass der Wislenpark nun letztes Wochenende mit einem grossen Fest eröffnet wurde, der Gemeinderat bis dato aber noch nichts für die Einführung eines attraktiven Eintrittsangebotes für die Familien der Gemeinde Worb unternommen hat. Dies ist weder familienfreundlich noch zeitgemäss. Wie bereits im Postulat vom 14. November 2011 erwähnt ist ein Familienpass oder zumindest eine Ermässigung für „einheimische“ Familien in den Bädern rund um Worb (Grosshöchstetten, Muri, Münsingen, Thun) längst gang und gäbe. Darum möchte die SP-Fraktion vom Gemeinderat folgende Auskünfte:

1. Warum wurde die Einführung eines Familienpasses oder eine Ermässigung für Familien der Gemeinde Worb nicht auf die Saisonöffnung der Badi hin geprüft?
2. Wird der Gemeinderat eine Einführung eines Familienpasses oder eine Ermässigung für Familien der Gemeinde Worb überhaupt prüfen?
3. Wenn ja in welchem Zeitraum?“

Postulat der SP-Fraktion betreffend Bessere öffentliche Infrastrukturen in Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	14	2009/12-373	549	41/10

„Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen mit welchen zusätzlichen Infrastrukturen im unteren Dorfteil von Rüfenacht (vom Scheyenholz bis zur Post) das Dorfleben und der kulturelle Austausch gefördert werden kann.

Begründung:

Der untere Ortsteil von Rüfenacht (vom Scheyenholz bis zur Post) ist der heterogenste, multikulturellste, farbigste Teil unserer Gemeinde. Damit das Zusammenleben funktionieren, das Quartierleben sich entwickeln und die Menschen sich bei kulturellen und geselligen Quartieranlässen begegnen können, braucht es geeignete Infrastrukturen. Dabei bietet sich der Robi-Spielplatz als bereits etablierter Begegnungsort als guter Ausgangspunkt an. Allerdings fehlen auch dort rudimentärste Einrichtungen wie eine öffentliche Toilette, erweiterte Sitzgelegenheiten mit einem Sonnenschutz und ein beheizbarer Raum für die kälteren Jahreszeiten.“

Postulat der SP-Fraktion betreffend Integration jetzt

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 336	14.05.2012	15	2009/12-374	550	41/10

„Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die ausländische Bevölkerung in der Gemeinde Worb verbindlicher integriert werden kann.

Begründung:

Gestützt auf einen parlamentarischen Vorstoss beschloss der Gemeinderat im Jahr 2003 die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung zu unterstützen und die entsprechenden Bedürfnisse, Angebote und Lücken systematisch zu erfassen. Die dazu eingesetzte Spezialkommission legte im Jahr 2005 den Bericht "Forderung der ausländischer Wohnbevölkerung" mit Grundsatzthesen und insgesamt 24 Umsetzungsempfehlungen vor. Trotz einiger Erfolge - z.B. Einführung Integrationsstelle bei den Sozialdiensten, Forderung interkultureller Treffpunkt, Einführung Schulsozialarbeit, Fokussierung offene Kinder- und Jugendarbeit - blieben etliche Empfehlungen unbeachtet. Zudem werden im Bericht vorwiegend „soziale“ Massnahmen behandelt. Besonders erfolgsversprechende Handlungsfelder und Instrumente (wie die jüngst in Ostermundigen getestete "Integrationsvereinbarung") fehlen. Wir wünschen namentlich die Prüfung folgender zusätzlicher Handlungsfelder:

- Obligatorisches Erstgespräch bei Zuzug
- Einforderung von Integrationsbemühungen mittels Integrationsvereinbarung
- Städtebauliche Quartierentwicklung, ortsplanerische Massnahmen in Richtung ausgewogener
- Bevölkerungsmix
- Früherkennung / Frühförderung

Der Gemeinderat wird gebeten, den Bericht von 2005 zu überarbeiten und die Integration in der Gemeinde Worb auf eine verbindlichere Basis zu stellen. Den unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen der beiden Hauptorte Rüfenacht und Worb soll dabei Beachtung geschenkt werden.“

Sitzungsende 22:55 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Heinz Stauffer
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 25. Juni 2012.

Thomas Wälti
Sekretär